

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postgebühren Nr. 4099 a. B. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Mittwoch, den 1. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ein Getreide-Welthandel?

Der „Chicago Times Herald“ ist kürzlich mit einem Projekt aufgetreten, das — so unwahrscheinlich seine Verwirklichung ist — für unsere gesamte wirtschaftliche Lage ebenso wie in Besonderen für die gegenwärtigen Tendenzen in Amerika sehr bezeichnend ist. Es handelt sich um ein Kornkartell zwischen den Vereinigten Staaten Nordamerikas und Rußland, zum Zwecke der Monopolisierung des Getreides auf dem Weltmarkte und der willkürlichen Preis-„Regulierung“. Die Idee des Chicagoer Blattes stützt sich auf eine einfache Kalkulation. Die jährliche Getreideproduktion der Welt stellt sich gegenwärtig dar wie folgt:

	In Millionen Bushel
Die Vereinigten Staaten	3,575
Rußland	2,120
Oesterreich	0,780
Frankreich	0,774
Deutschland	0,682
England	0,301
Uebrige Länder	1,120

Rußland und die Vereinigten Staaten mit ihren 205 Millionen Einwohnern produzieren also 5,695 Millionen Bushel, während die ganze übrige Welt mit 800 Millionen Menschen nur eine Produktion von 3,613 Millionen Bushel aufweist. Es ist klar, daß der Weltmarkt ganz auf Rußland und die Vereinigten Staaten angewiesen ist, die auch die Hauptlieferanten für alle anderen Länder sind. Die Getreideausfuhr im Zeitraum von 1891 bis 1895 betrug in Tonnen

aus den Vereinigten Staaten	4 470 000
„ Rußland	2 000 000
„ Argentinien und Chile	1 040 000
„ Indien	800 000
„ Rumänien	750 000
„ Kanada	240 000
„ Oesterreich-Ungarn	150 000

Aus dem Gesamtvorrath des ausgeführten Getreides 9 430 000 Tonnen entfallen also auf die Vereinigten Staaten und Rußland allein 6 470 000, d. h. mehr als zwei Drittel. Angesichts dieser Sachlage erschien dem amerikanischen Blatte die Idee naheliegend, durch eine Verständigung zwischen Nordamerika und Rußland den Welt-Getreidehandel vollständig zu beherrschen und eine künstliche Preisverhöhung für Getreide zu erzeugen, um auf diesem Wege unerhörte Riesengewinne einzufahren.

Wie gesagt, ist die Ausführung dieses grandiosen Wucherplanes zum Glück für die Menschheit höchst unwahrscheinlich, da die Zersplitterung des Grundeigentums, und damit der Landwirtschaft, ebenso in Rußland wie in den Vereinigten Staaten, einem so weitgehenden Kartell hindernd in den Weg tritt. Der Vorschlag selbst erinnert aber an die schönsten Zeiten des mittelalterlichen Korrwuchers. Thatsächlich fällt der Kapitalismus auf seiner heutigen Entwicklungshöhe in das Delirium des Monopols, das auch seine ersten Anfänge bezeichnete, zurück. Daß besonders in den Vereinigten Staaten nicht nur in der Industrie das Monopol gegenwärtig wüthet, sondern auch im Handel, und speziell die Idee des „Chicagoer Times Herald“ bereits eine praktische Probe erlebt hat, beweist die Geschichte der Leiterschen Spekulation in der ersten Hälfte des verflohenen Jahres. Der bekannte Chicagoer Getreidehändler wollte durch das spekulative Aufkaufen eines großen Theils der Getreidevorräthe auf eigene Faust den Weltmarkt beherrschen und enorme Profite einheimen. Er hatte auch bereits 30 Millionen Bushel aufgekauft und dadurch die Preise in Europa bedeutend gesteigert. Wurde seine Spekulation auch durch eine unerwartet reiche und frühzeitige Ernte in Argentinien und Texas zu schanden gemacht und endete sie auch im Juni mit einem großen Krach, so hatte die bloße Probe des verbrecherischen Beginns doch Zeit, eine Masse Glend und Leiden über das arbeitende Volk der europäischen Länder heraufzubeschwören, denn die amerikanische Spekulation hat z. B. mittelbar auch die letzten Hungertwalle in Italien verschuldet. Die jetzige Aera des Kapitalismus in Amerika zeigt in den wahnwitzigen Treibern des Monopols den menschenfeindlichen, gemeingefährlichen Charakter dieser Wirtschaftsordnung in drastischer Weise.

Die letzteren Ausführungen wollen wir durch Mittheilungen über ein nicht minder gemeinschädliches Riesenkartell ergänzen, das auf dem gleichen Boden gewachsen ist, wie der Korn-Trust. Es handelt sich um einen **amerikanischen Milch-Trust.**

Den Riesenspekulanten geht's wie den Ragen. Beim Fall kommen sie immer wieder auf die Beine zu stehen. Es ist noch nicht lange her, da vertrat Josef Leiter bei dem Versuche, den Kornhandel zu monopolisieren. Ein kleiner Winkelspekulant hätte bei einem entsprechenden Krach im Maßstabe seiner Verhältnisse seinen Kredit eingebüßt. Josef Leiter ist in der Lage, bei einem anderen Artikel den nämlichen Versuch zu machen. Er hat in Chicago einen großen Milch-Trust organisiert mit einem Kapital von 10 Mill. Dollars (40 Millionen Mark). Sein Vater L. B. Leiter und W. C. Ripp haben je ein Viertel der Antheilscheine in Händen. Alle Milchhändler, die dem Trust beitreten, erhalten Antheilscheine im Werth ihrer Vorräthe und Einrichtungen. Es sind Unterhandlungen eingeleitet mit den Eisenbahngesellschaften wegen Frachtermäßigung. Nachdem die Milch zu so billigen Preisen verkauft worden ist, daß jeder Konkurrent sein Geschäft schließen muß, will der Trust den Preis der Milch nach dem Butterpreise reguliren. Schöne Aussichten für die Milchkonsumenten im Nachtbereich des Herrn Josef Leiter!

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 31. Januar.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag verhandelte heute den Marine-Etat und erledigte ihn in dieser einen Sitzung, was schon seit langen Jahren nicht vorgekommen ist. Hätten unsere Genossen nicht Grund zu Beifrieden über die Verwaltungswagazine in der Marineverwaltung gehabt, der ganze Etat wäre beinahe debattelos genehmigt worden. Es ist ja natürlich, denn die einzelnen Positionen sind in diesem Jahre nur Folgen der in den früheren Jahren ausgesprochenen Bewilligungen. An der Verwaltung aber hatten unsere Genossen allen Grund, scharfe Kritik zu üben; namentlich die Herren Werftdirektoren mußten ebenso berechtigte wie scharfe Angriffe über sich ergehen lassen. Genosse Singer brachte den bekannten Wahlbeeinflussungsfall des Danziger Werftdirektors von Wietersheim zur Sprache und forderte vom Staatssekretär eine unzweideutige Erklärung, ob er die Wahlpraktiken dieses sonderbaren Staatsretters billige oder nicht. Er führte gleichzeitig über den Wilhelmschöner Werftdirektor von Schuchmann Beschwerde, der den Arbeitern mit Entlassung gedroht habe, wenn sie das ungeheure Verbrechen begehen sollten, dreimal mit der Steuerbetragen rückständig zu bleiben. Staatssekretär Tirpitz antwortete, wie wir anerkennen wollen, klipp und klar. Er mißbilligte die Wahlbeeinflussung des Danziger Werftdirektors und fand die angedrohte Strafe der Entlassung bei den Rückständen zu hart. Fast im ganzen Hause zollte man der Erklärung Zustimmung. Nur auf der Rechten war man nicht damit einverstanden; und namentlich Herr v. Stumm schien das loyale Auftreten des Marineministers gegen den Strich zu gehen, so mißbilligend und aufgeregt rückte er auf seinem Sessel herum. Während alle anderen Redner die klaren und verständigen Ausführungen des Staatssekretärs mit Anerkennung begleiteten, suchte Herr v. Stumm sie zu bemängeln und an ihnen herum zu deuteln; und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Mißbehagen Stumm's Herr Tirpitz noch theuer zu stehen kommt. Genosse Wollenkühn unternahm es, dem Abg. v. Stumm zu erwidern; er wies auch an der Hand einer von der Marineverwaltung herausgegebenen Lohnstatistik nach, daß die Wohnverhältnisse auf den Werften noch lange nicht zufriedenstellende sind. Um Herrn von Stumm zu Hilfe zu kommen, nahm noch der streitbare deutschkonservative Graf Linkowström das Wort. Er hielt die Zeit für eine soziale Paz größeren Stils für passend; weil er dabei Mißzuehr mit seinem monarchischen Gefühl prahlte, ließ ihn unser Genosse Singer eine verdiente Abfertigung zu Theil werden. — Die Sitzung wurde mit der Verathung des Antrages, die Ertheilung zur Genehmigung des Strafverfahrens gegen unseren Genossen Schmidt-Magdeburg wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Der Antrag, welcher ein Mittel darstellen soll, unserem wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren

Gefängniß verurtheilten Genossen Müller-Magdeburg die Freiheit wieder zu geben, wurde zur schleunigen Bericht-erstattung der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen. Morgen steht der Antrag Bachem auf Abänderung der Posttarife, der Raatschon-Etat und der Post-Etat auf der Tagesordnung.

21. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Tirpitz.
Handelt wird ein schleuniger Antrag Agster (SD.) u. Gen. angenommen auf Einstellung der gegen den Abg. Thieme (SD.) bei dem Kgl. Landgericht in Halle a/S. schwebenden Strafverfahren für die Dauer der Session.

Ferner liegt ein Antrag Agster u. Gen. vor: der Reichstag wolle beschließen, dem Ersten Staatsanwalt beim Kgl. Landgericht Magdeburg die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Magdeburg wegen angeblicher Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Mitgliedes des Kgl. Hauses erteilt.

Singer (SD.): Unseren Antrag begründen wir folgendermaßen: In Magdeburg wurde der verantwortliche Redakteur des sozialdem. Blattes wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren verurtheilt, obgleich drei Kollegen des Angeklagten bezeugten, daß er an dem betreffenden Tage nicht in Magdeburg war und sich auf der Rückkehr von einer Reise nur 10 Minuten in der Redaktion der „Vollstimme“ aufgehalten hatte. Kollege Schmidt-Magdeburg, der damals den verantwortlichen Redakteur vertrat, hat nun die Schuld auf sich genommen. Der Staatsanwalt hat aber abgelehnt, gegen ihn zu klagen, weil während der Dauer einer Session das Strafverfahren gegen einen Reichstagsabgeordneten nicht eröffnet werden darf. Wir hoffen aber, daß diesmal eine Ausnahme gemacht werden wird. Um den Abgeordneten aller Parteien Gelegenheit zu einer eingehenden Prüfung der Angelegenheit zu geben, beantrage ich Ueberweisung unseres Antrages an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Das Haus beschließt dem Antrage gemäß und tritt sodann in die zweite Berathung des Etats ein, der beim Etat der Marineverwaltungen fortgesetzt wird.

Lieber (B.) bekräftigt als Berichterstatter die unveränderte Annahme des Etats.

Beim Titel Staatssekretär verliest Singer (SD.) einen Tagesbefehl, in dem der Oberverwaltungsdirktor von Dautzig, Herr von Wietersheim, seinen Arbeitern die Anweisung gibt, nicht sozialdemokratisch zu wählen und den Verlockungen und Versprechungen dieser Partei nicht zu folgen. Der Herr Direktor giebt sodann eine Schilderung der letzten Ziele der Sozialdemokratie, mit einer durch seine Sachkenntnis getriebenen Unbefangenheit. Er äußert sich da wie folgt: „Die Sozialdemokratie krebt den Umständen der von Gott eingesetzten Weltordnung, (Rufe rechts, vornehmlich vom Abg. v. Stumm: Sehr richtig!) der Verrichtung der christlichen Familie (Sehr richtig!) und des Staates an.“ (Sehr richtig!) Ich glaube Ihnen (nach rechts) gern, daß dieser Erlaß auch Ihre Ansichten vertritt. Dadurch werden sie aber nicht richtiger! Es heißt dann also da weiter: „Sie leugnet Glauben und Religion und will die Monarchie stürzen. Und nur durch eine kräftige Monarchie ist das deutsche Reich in seiner Vereinigung stark und mächtig zu erhalten (Rufe, wie oben: Sehr richtig!) und dauernd gegen Angriffe von außen zu bewahren. So lange das deutsche Reich noch nicht befreit, schütze sich alles darnach; als es im glorreichen Kriege in Herrlichkeit errichtet wurde, habe man ihm zu; und jetzt, wo es befreit und seinen Segen in allen Verästelungen mehr oder weniger andbreitet, arbeitet die Sozialdemokratie darauf hin, seine Grundpfeiler zu untergraben, um es zu Fall zu bringen.“ (Rufe, wie oben: Sehr richtig!) Es heißt doch wirklich, das N.B. der sozialdemokratischen Grundpfeiler nicht kennen, wenn man derartige Behauptungen aufstellt, wie die, daß die Sozialdemokratie das deutsche Reich zerstören will. Aus welcher Dummheit, aus welcher Scham, aus welcher Beugung, aus welcher Rede kann das nachgewiesen werden? Das Gegenheil trifft hier zu. Die Sozialdemokratie will all die Vortheile, die die Errichtung des deutschen Reiches Wenigen geschaffen, den Millionen der deutschen Arbeiterklasse zugänglich machen. (Sehr richtig! links.) Nach dem also Herr von Wietersheim die Arbeiter so über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt hat, richtet er die Aufmerksamkeit auf sie: Wer noch einen Funken von Liebe für sein deutsches Vaterland hat, wer noch Treue zu Kaiser und Reich sieht, trete manhaft am 24. an die Wahlurne und gebe seine Stimme dem staatsbehaltenden Kandidaten Dautzig, dem treuen Bürger dieser Stadt. (Rufe rechts, vornehmlich Abg. v. Stumm: Sehr richtig! Ruf von anderer Seite: Nicht! Große Heiterkeit.) Es ist Sache des Reichstages, dem Antrag ein Ende zu machen, daß die Chefs der Verwaltung stellen ihren Angestellten vorzuschreiben, welcher politischen Ueberzeugung sie sein sollen. (Sehr richtig! links.) während andererseits den Arbeitern gesagt wird, sie könnten durch das allgemeine Wahlrecht ihre Interessen genügend vertreten. Das ist ein Zustand, der in einem Kulturstaat nicht geübt werden darf. (Sehr richtig! links.) Es geht die Verwaltung gar nichts an, wen die Arbeiter wählen. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Man muß Sorge dafür tragen, daß das fundamentale Recht des Volkes, das Grundrecht der Arbeiter nicht mehr in dieser Weise illusorisch gemacht wird. Herr v. Wietersheim soll sich nicht mehr an dieser Stelle befinden und ich nehme nach der Geflohenheit des letzten Jahres an, daß er für seine Heiligkeit befordert worden ist. (Große Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Ich möchte noch von einem zweiten Tagesbefehl berichten, in welchem der Oberverwaltungsdirktor von Wilhelmschöner, Herr v. Schuchmann, bestimmt, daß die Arbeiter, welche dreimal in einem Jahre ohne genügende Entschuldigungen die Stenern nicht rechtzeitig entrichtet haben, so daß deren Einziehung durch die Werft erfolgen muß, aus der Werftarbeit zu entlassen sind. Das ist ein derartiger Eingriff in die privatrechtlichen Verpflichtungen der Arbeiter, daß ich ihn einfach nicht begreife. Würde denn der Herr Staatssekretär auch die Steuerbehörde darin unterstützen, und einen solchen Ufa z. B. an die Herren Offiziere gestatten, denn auch bei

bestimmungen sehr scharf beobachtet. Preussischerseits wird ein besonderer Ueberwachungsdienst eingerichtet. — Eine Diphtherie-Epidemie herrscht in dem schlesischen Dorfe Pohlom dem „Oberschl. Tagebl.“ zufolge unter den Kindern in erschreckender Weise; es ist kaum ein Haus von der Krankheit verschont; täglich werden 3 bis 4 Kinder beerdigt. — Ein Postwech auf dem Dominium Polnisch-Kentrich bei Kattibor hat seine Ehefrau, Mutter von 6 Kindern, erschlagen und in einer Kellergrube verscharrt. Nach seiner Verhaftung legte er bei der Polizei ein Geständnis ab. Die Geliebte des Mörders und seine Mutter, die an der That theilhaftig sein sollen, sind gleichfalls in Untersuchungshaft genommen worden. — Wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz soll ein Schachtmeister in Andolsdorf ein Jahr Gefängnis verbüßen. Der Mann hatte von einer Firma in Saalfeld 6 Pfund Dynamit gekauft, ohne hierzu die laudbräthliche Genehmigung zu haben. Er kehrte mit dem Paket Dynamit in verschiedenen Geschäftswirtschaften ein und ließ es schließlich in einer Kiste. Wegen desselben Vergehens verurtheilte die Strafkammer in Dortmund einen Bergmann zu acht Monaten Gefängnis. Um einem Freunde einen Gefallen zu thun, hatte er eine Dynamitpatrone mit nach Hause genommen und seinem Freunde gezeigt. — Im Wiederanfahrverfahren wurde der Volksschullehrer Lindner von der Strafkammer in Münster freigesprochen, welcher 1896 auf Anklage eines 14jährigen Mädchens zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde und diese auch verbüßt hat. Das Mädchen nahm jetzt seine frühere Anklage zurück. — Eine Standauffäre, die in dem Eländchen Ehrenbreitstein sich ereignet hat, bildet seit Montag in Koblenz das Stadtgespräch, obgleich von den mit der Untersuchung Beauftragten strengste Geheimniß darüber bewahrt wird. Festgestellt ist, daß in der Wohnung einer in Ehrenbreitstein wohnenden Wittve eine Orgie schlimmster Art stattgefunden hat. Nachbarn erstatteten die Anzeige, worauf die Polizei einschritt. Drei junge Mädchen sowie die obengenannte Wittve wurden verhaftet. Die männlichen Theilnehmer sind ermittelt. — Ueberfall auf der Lokomotive. Von einem Ueberfall, der an amerikanischen Zustände erinnert, wird aus dem Döllenthal (Schl.) berichtet. Als am Montag Nachmittag ein Personenzug der Thalbahn von Rasmünster in der Richtung nach Sennheim fuhr, sprang bei der Station Rne ein Italiener auf die in rascher Fahrt befindliche Maschine und suchte den Lokomotivführer Johann Würden zu erdrosseln. Führer und Angreifer stürzten auf die Straße; dem ersteren gelang es jedoch, sich bei einem langen Dolche bewaffneten Italiener, dem noch drei Landkente zu Hilfe gekommen waren, zu erwehren, sich auf die Maschine zu schwingen und rasch davon zu fahren. Die Polizei ist unterdessen der drei Schändigen habhaft geworden. — In der Nähe des Schießhauses von Kronach wurde ein fremder Handwerksbursche in bestialischer Weise zugerichtet aufgefunden. Die Zunge war dem Unglücklichen zum Theil ausgerissen und ihm der zurückgebliebene Rest vollständig zerstückelt und zerstreut. Außerdem bestand ein Bruch des Unterleifers. Auf welche Art bezw. mit welchen Instrumenten die Unmenschen, deren es vier gewesen sein sollen, die That vollbracht, erscheint räthselhaft. Es besteht sehr große Gefahr für das Leben der Unglücklichen. — In der Nähe von Djentis (Graubünden) ist eine Lawine niedergegangen, deren Schneemasse 300 Meter breit, 4 bis 10 Meter hoch und 700 bis 800 Meter lang ist. In Bal Müntens zwischen Rabius und Somvix kam eine Lawine bis zur Brücke der Landstrasse herunter und richtete unterwegs bedeutenden Schaden an. — Im Gebirge bei Dougo am oberen Como-See verunglückte eine Patrouille von neun Grenzwachtern, indem der Schnee unter ihnen nachgab und alle 500 Meter abstürzten. 2 Soldaten blieben todt, 7 sind verwundet, darunter der kommandirende Feldwebel schwer. — In Christiania ist eine große Influenza-Epidemie ausgebrochen. — In der holländischen Patronenfabrik in Donsi (Nord-Depart. Frankreich) fand Freitag Vormittag eine Explosion statt, wobei drei Personen schwer verletzt wurden. — In Vlaydon, Northumberland, ist ein alter Mann gestorben, der 136 Lebende nachkommen hinterlassen hat. Er hatte 5 Söhne, 2 Töchter, 60 Enkelkinder und 69 Urenkelkinder. — Die der Paars Bank in London dieser Tage gestohlenen Banknoten sind bei der Bank auf dem Postwege wieder eingegangen.

Der Gotteslästerung sollte sich der Geldgier Karl Seele schuldig gemacht haben, gegen welchen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelt wurde. Wie aus der Urtheilsverkündung hervorging, hatte der Angeklagte eines Abends, als er nach dem Besuche einer Versammlung der Heilarmee die Straße wieder betrat, eine Ankerung gethan, welche die Hörer, einige Schulleute und mehrere Civilpersonen, als eine Gotteslästerung auffaßten. Die Staatsanwaltschaft war derselben Ansicht, der Gerichtshof trat aber den Ausführungen des Verteidigers bei und fällte ein freisprechendes

er pflegte fast täglich um diese Zeit vorzusprechen. Sie zog sich auch sofort zurück, ohne ihn ihrem Fräulein erst anzumelden, da sie wußte, daß Herr von Eckardt immer willkommen war. Er klopfte zweimal an; ohne ein Verzeihen zu vernemen und trat dann ohne weiteres ein. Manfa war nicht im Wohnzimmer. Er rief ihren Namen und hörte sie aus dem anstößenden Schlafzimmer antworten: „Sind Sie's, lieber Freund? Einen Augenblick Geduld. Cigaretten finden Sie auf dem Bertiko.“ Ordnungsliebe war nicht die hervorragendste Tugend der Sängerin. Heute sah es sogar noch ärger aus, als gewöhnlich. Wahrscheinlich war heute die Schneiderin zur Anprobe der Kostüme für die neue Rolle dagewesen, denn auf der Chaiselongue, theilweise auch auf dem Boden, lagen zahlreiche Kleidungsstücke nachlässig verstreut umher. Rudolf vertrieb sich die Zeit damit, den bunten Kram von kurzen Röckchen, Miedern, seidenen Strümpfen, Stück für Stück aufzuheben, ernsthaft zu betrachten und dann sein säuberlich über einige Stühle zu legen. In der Mitte des ziemlich großen Zimmers, mit der Klaviatur dem offenen Balkonfenster zugekehrt, stand ein schöner Stuhlflügel, das einzige Stück der Einrichtung, welches der Grigori zu eigen gehörte. Leider zeigte die dunkle Politur auch schon einige stumpfe Flecke, denn dem Fräulein kam es gar nicht darauf an, die Kaffeemaschine mit dem Spiritusbrenner zur Abwechslung auch einmal auf den Deckel des Flügels zu stellen. Notizen lagen stößweise darauf, einzelne Blätter waren beim letzten Durchstöbern derselben aus den Umschlägen herausgefallen und noch nicht vom Boden aufgehoben worden. Auf einem der verschlebbaren Bretter für die Lichter stand eine Mischschale aus Metall in Form eines strampelnden Teufels mit ausgebreiteten Fledermausflügeln. Etwas Cigarettenasche war noch auf dem Eisenbein der Lasten liegen geblieben; Rudolf schlug sie sorgsam mit dem Zipfel seines Taschentuches ab. An den Wänden hingen zwischen und über abentheuerlichen Delbrudlandschaften vertrock-

Urtheil mit der Begründung, daß der Angeklagte bei seinem niedrigen Bildungsgrade sich des Sinnes seiner Äußerung vielleicht gar nicht bewußt geworden sei und möglicher Weise gerade das Gegentheil von dem gemeint habe, was er zum Ausdruck brachte.

Wegen „Mißbrauchs seines Ansehens“ soll Reichstags-Abgeordneter Adolf Thiele, Redakteur des „Volkblatts für Halle“, laut Strafbefehl des Reicher Amtsgerichts 15 Mk. bezahle oder 5 (fünf) Tage Haft verbüßen. Die Einberufer einer Volksversammlung in Droyßig, wo Thiele sprechen sollte, hatten bei der Anmeldung mit bemerkt, daß ein Eintrittsgeld von 10 Pfennig erhoben werden würde. Der Amtsvorsteher verbot das, das Entree wurde aber auf Thiele's Rath dennoch erhoben, und als der Gendarm in der Versammlung das Geld beschlagnahmen wollte, beriefen sich die Parteigenossen auf Thiele's Rathschlag, worauf der Gendarm von der Beschlagnahme Abstand nahm. Nach Entscheidungen des Kammergerichts bedarf die Erhebung eines für alle Versammlungsbesucher gleichen Eintrittsgeldes weder polizeilicher Anmeldung noch Genehmigung. Daraus gestützt, hatte Thiele den Einberufern der Versammlung in Droyßig den erwähnten Rath ertheilt. Nach § 48 des Strafgesetzbuchs wird als Anstifter bestraft, wer einen Anderen durch Mißbrauch des Ansehens u. zu einer strafbaren Handlung vorzüglich bestimmt hat. Die Erhebung des Eintrittsgeldes war aber vom Standpunkte der Kammergerichts-Entscheidung aus keine strafbare Handlung.

Ein Arzt als Geschäftsfreisender gesucht! Die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ vom 19. Januar enthält nachstehendes Inserat:

Ein junger, redigewandter Arzt wird, um einen neuen Fleischsaft unter seinen Kollegen einzuführen, gesucht.

Offerten nebst Photographie und Schilderung des Lebenslaufes an die Karno-Gesellschaft Hüssel u. Co., Dresden.

Bezeichnend ist vor Allem, daß dies Inserat in einer ärztlichen Zeitschrift veröffentlicht werden konnte. Wo bleibt denn da die „ärztliche Ständelehre“.

Sauftes Justiz. Der Hütteninspektor Weigel aus Liebeshütte bei Antonienhütte wurde vom Schöffengericht in Kattowitz zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er schon seit fünf Jahren Arbeiterinnen der Hütte über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus hatte arbeiten lassen. Besonders an Sonnabenden hat dieser Herr längere Arbeitszeiten angedröhnet. Die 50 Mark Strafe hat die Hütte zehn- und hundertmal aus der Ueberarbeit der Mädchen und Frauen herausgeschlagen. — So bestraft man im Lande der „vollendetsten Rechtsgarantien“ Unternehmern, die gewohnheitsmäßig das Gesetz verletzen!

Was kostet das Regierwerden? Ein geistreicher Engländer hat ausgerechnet, was die Völker der Welt seit dem Beginn dieses Jahrhunderts für jede Stunde „Regierwerden“ zu bezahlen hatten. Die vollständige Preisliste ist viel zu lang, als daß wir sie hier wiedergeben könnten. Wir müssen uns daher begnügen, nach dem „Journal des Debats“, welchem wir diese Mittheilung entnehmen, die auf Frankreich bezüglichen Zahlen zu zitieren. Diese Zahlen nehmen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in geradezu unheimlicher Weise zu, und man kann leider nicht einmal sagen, daß die Gegenleistung in demselben Verhältnisse an Werth gewinnt. Unter Napoleon I. kostete eine Stunde Regierwerden 115 000 Francs, unter Louis Philippe 150 000; unter der zweiten Republik 130 000; unter Napoleon III. 249 000; von 1870—1880 307 000 Francs, wegen der durch den Krieg verursachten Lasten; von 1882—1890 aber gar . . . 403 000 Francs! Diese

nele Vorbeerkränze mit bedruckten und bestickten Schleifen in allen möglichen Farben. Korbgestelle in Form von Füllhörnern, Schutklaren, Leiern und dergleichen, die Gerippe längst verwelkter, köstlicher Blumengaben lagen verstaubt, löse über einander gethürmt zwischen Spiegelschrank und Feuer. Ein geschweifter Damenschreibtisch mit allerlei zierlichen Ueberflüssigkeiten überladen, sowie die übliche Staatsgarnitur, Sofa, ovaler Tisch und zwei Lehnstühle in bereits etwas fadenförmigen, rothen Blüchbezügen vervollständigten die Einrichtung. Massenhafte Photographie von Kollegen und Kolleginnen, auch von Fräulein Grigori selbst, lagen auf der Tischdecke umher und füllten außerdem eine flache Metallschale fast vollständig aus. Zahlreiche Bistitenarten, meist durch Nadelstiche erkennen lassend, daß sie einst an Schleifen und Papiermascetten befestigt gewesen waren, lagen zwischen den Bildern herum.

Rudolf machte sich das Vergnügen, aus dem Inhalt der Schale sämtliche Karten zusammenzusuchen, welche den Namen „Bodo Freiherr von Versen“ trugen. Es war ein Päckchen von dreizehn Stück, größtes Format mit Goldschnitt. „Wenn der arme Junge wüßte, wer seine dreizehn Bouquets bezahlt hat,“ dachte er und lachte leise vor sich hin. Da that sich die Thür des Schlafzimmers auf und herein trat — ein allerliebster kleiner Offizier eines fabelhaften Regiments, eines fabelhaften Jahrs. Zielliche gelbe Reiterstiefeln, violette Trikots, kurze, gepuffte Hosen von braunem Sammet, eine ebensolche Jacke, ein süppiges weißes Spitzenjabot, ein feder Federhut, und, an einem breiten Bändel herbaumelnd, ein mörberischer Degen. „Guten Tag, mein lieber Freund, wie gefalle ich Ihnen so?“ sagte der kleine Offizier, militärisch grüßend. Und dann tänzelte er im Zimmer herum und sang dazu: „En avant Briaquet — tralla lallala!“ „Geben Sie einmal acht auf meinen Gang! Ich will

Statistik zeigt zur Genüge, daß man einer Regierung niemals Stunden- oder Tagelohn geben sollte; man sollte vielmehr auch hier das Prinzip der Stückerarbeit zur Geltung bringen und die Bezahlung der wirklich geleisteten Arbeit entsprechen lassen. Das würde die Steuerzahler sicher nicht ruiniren.

Der reichste Mann der Welt dürfte, dem „Hann. Kurier“ zufolge, zur Zeit in New York leben. Es ist dies Hr. John D. Rockefeller, und die soeben in New York erschienene Statistik für 1898 giebt uns einen ungefähren Begriff von dem Reichthum dieses Mannes. Der Deukönig wird es wohl noch zum Billionär bringen, das Drittel einer Million besitzt er bereits, und sein Vermögen wächst mit wahren Riesenschritten. Auf zehn bis zwölf Millionen kann er es selbst nicht genau berechnen. Er soll mehr als die Astors, Vanderbilts und Golds zusammen haben. Krösus war ein armer Schlucker im Vergleich zu diesem Manne, in dessen Hand das Geschick von Tausenden ruht. Sein jährliches Einkommen beträgt 20 000 000 Dollars, also 1 666 666,66 Dollars pro Monat, 55 555 555 Dollars pro Tag (Sonntage inbegriffen) und 231648 Dollars pro Stunde. Hr. Rockefeller begann seine lohnende Laufbahn als Buchhalter mit 50 Dollars monatlich. Er soll jetzt so unmaßbar wie der Kaiser von China sein. Die New Yorker Zeitungen schildern, was er als Billionär (der erste, den die Welt sieht), alles thun könnte. Er könnte die Armut ankrotzen, indem er das Leben billig macht und Allen Arbeit giebt, er könnte allen Herrschern der Welt die Ausgaben zahlen und doch immer noch ein größeres Einkommen als diese haben.

Kriegervereinsliches. Viel Zeit hat der Landwehreverein zu Silvertorgehosen gebraucht, um zu entdecken, daß er einen „Staatsfeind“ unter den Seinen gebildet. Nach dem „Vorwärts“ wurde dieser durch folgendes Schreiben „entfernt“:

Gehrier Herr Kamerad! Es ist eine Einschaltung seitens des Kriegerverbandes an dem Vorstand des Landwehrevereins eingeschickt, worin mitgetheilt wird das Amtlich dem Verbandsamt gegeben ist, das Sie an der letzten Gemeindevertretungswahl einen sozialdemokratisch gewählt hätten, der Kriegerbund fordert Ihre anschriftliche binnen 3 Tagen aus dem Verein, was ich zu meinem betanem Ihnen hiermit mittheilen. Und erstäre hiermit das Sie laut § 11 vom heutigen Tage, aus dem Verein ausgeschlossen sind.

Hochachtungsvoll Der Vorstand des Landwehrvereins. Die Unthat, um bereitwillen der Kamerad ausgeschlossen worden ist, wurde vor 1/4 Jahren begangen. So lange also hat es gedauert, bis man seine Gesinnung „gerochen“ hat.

Heimgesucht. Ein Seemann war wegen einer Schlägerei als Zeuge geladen. Als es zum Verhör kam, fragte der Richter: „Kennen Sie den Citanten näher?“ — Seemann: Ich weiß nicht was der Richter hiermit meint. — Richter: Na, Sie sind mir ein schöner Zeuge, wenn Sie nicht einmal wissen, was ein „Citant“ bedeutet. Doch zur Sache: Können Sie mir sagen, an welcher Stelle des Schiffes die Schlägerei vor sich ging? — Seemann: Auf der Back, an Steuerbordseite. — Richter: Was heißt das? — Seemann: Na, Sie sind mir auch ein schöner Richter, wenn Sie nicht einmal verstehen, was das heißt? — Sprach — und wurde wegen ungehörlichen Betragens in Arrest geführt.

Gesucht wird für einen talentvollen jungen Mann, der im Regieren geübt ist — beste Referenzen stehen ihm zur Seite — eine Stelle als Regent oder Statthalter. Auch würde seine Frau kleine Arbeiten in der Wirtschaft mit übernehmen. Gef. Offerten einzureichen sub A. v. S. in Braunschweig oder Straßburg i. E. (Kladderasch).

mich an das Kostüm gewöhnen und mir den männlichen Schritt einüben.“ Und mit krummen Knien, wie alle Frauen marschirte die Grigori vor dem erstarrten Amerikaner auf und ab.

Plötzlich aber ließ sich dieser auf die Chaiselongue fallen und lachte aus vollem Halse: „D goodnes gracious me! Schon wieder dies blödsinnige Operetten-Pumbung! Sie stellen natürlich ein verliebtes Mädchen vor, das sich verfleidet, um zu ihrem Liebhaber zu kommen, und werden in diesem reizend offenerzigen Kostüm von allen möglichen alten und jungen Herren wirklich für einen Mann gehalten — nicht wahr.“ Ganz gewiß; und um die Täuschung vollständig zu machen, fing dieser junge Offizier auch noch Sopran.“ Sie setzte sich an den Flügel, schlug einige Accorde an und ließ einen langen, hohen Triller erschallen. Dann brach sie plözlich ab, stülzte das ganze Gewicht ihres Oberkörpers mit verkrampften Armen gegen die Klaviatur, daß es einen tollen Mißklang gab und sagte ernsthaft, zornig erregt: „Sie haben ganz recht, Freund! Es ist eine Schande, daß man im Dienste dieses Anfinns auch nur einen Finger rührt! Künstlerin! Väterlich! Ich bin nichts Besseres als die Riesendame, die sich auf den Jahrmärkten sehen läßt! O — wer mir das einst prophezeit hätte, daß ich noch einmal vor einem ganzen Parterre von Libertins und Cocotten meine Beine zeigen und dazu grimassiren würde, wie eine Café-Chantantse!“

„Das thun Sie aber gar nicht, gnädiges Fräulein,“ be-eilte sich Rudolf zu trösten, indem er hinter sie trat und ihr eine Hand auf die Schulter legte: „Das ist es ja eben, was Ihren Ruhm hier in Berlin gemacht hat, daß Sie nichts von dieser Chansonettenmanier an sich haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postgebühren Nr. 4089 a. 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Mittwoch, den 1. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ein Getreide-Welthandel?

Der „Chicago Times Herald“ ist kürzlich mit einem Projekt aufgetreten, das — so unwahrscheinlich seine Verwirklichung ist — für unsere gesamte wirtschaftliche Lage ebenso wie im Besonderen für die gegenwärtigen Tendenzen in Amerika sehr bezeichnend ist. Es handelt sich um ein Kornkartell zwischen den Vereinigten Staaten Nordamerikas und Rußland, zum Zwecke der Monopolisierung des Getreides auf dem Weltmarkte und der willkürlichen Preis-„Regulierung“. Die Idee des Chicaguer Blattes stützt sich auf eine einfache Kalkulation. Die jährliche Getreideproduktion der Welt stellt sich gegenwärtig dar wie folgt:

	In Millionen Bushel
Die Vereinigten Staaten	2,575
Rußland	2,120
Oesterreich	0,780
Frankreich	0,724
Deutschland	0,682
England	0,301
Uebrige Länder	1,126

Rußland und die Vereinigten Staaten mit ihren 205 Millionen Einwohnern produzieren also 5,695 Millionen Bushel, während die ganze übrige Welt mit 800 Millionen Menschen nur eine Produktion von 3,613 Millionen Bushel aufweist. Es ist klar, daß der Weltmarkt ganz auf Rußland und die Vereinigten Staaten angewiesen ist, die auch die Hauptlieferanten für alle anderen Länder sind. Die Getreideausfuhr im Zeitraum von 1891 bis 1895 betrug in Tonnen

aus den Vereinigten Staaten	4 470 000
„ Rußland	2 000 000
„ Argentinien und Chile	1 040 000
„ Indien	800 000
„ Japan	780 000
„ Kanada	240 000
„ Oesterreich-Ungarn	150 000

Aus dem Gesamtvorrath des ausgeführten Getreides 9 430 000 Tonnen entfallen also auf die Vereinigten Staaten und Rußland allein 6 470 000, d. h. mehr als zwei Drittel. Angesichts dieser Sachlage erschien dem amerikanischen Blatte die Idee naheliegend, durch eine Verständigung zwischen Nordamerika und Rußland den Welt-Getreidehandel vollständig zu beherrschen und eine künstliche Preisverhöhung für Getreide zu erzeugen, um auf diesem Wege unerhörte Riesengewinne einzustreichen.

Wie gesagt, ist die Ausführung dieses grandiosen Wucherplanes zum Glück für die Menschheit höchst unwahrscheinlich, da die Zerstückelung des Grundeigentums, und damit der Landwirtschaft, ebenso in Rußland wie in den Vereinigten Staaten, einem so weitgehenden Kartell hindernd in den Weg tritt. Der Vorschlag selbst erinnert aber an die schönsten Zeiten des mittelalterlichen Kornwuchers. Thatsächlich fällt der Kapitalismus auf seiner heutigen Entwicklungshöhe in das Delirium des Monopols, das auch seine ersten Anfänge bezeichnete, zurück. Daß besonders in den Vereinigten Staaten nicht nur in der Industrie das Monopol gegenwärtig wüthet, sondern auch im Handel, und speziell die Idee des „Chicagoer Times Herald“ bereits eine praktische Probe erlebt hat, beweist die Geschichte der Leiterschen Spekulation in der ersten Hälfte des verflossenen Jahres. Der bekannte Chicaguer Getreidehändler wollte durch das spekulative Aufkaufen eines großen Theils der Getreidevorräthe auf eigene Faust den Weltmarkt beherrschen und enorme Profite einheimen. Er hatte auch bereits 30 Millionen Bushel aufgekauft und dadurch die Preise in Europa bedeutend gesteigert. Wurde seine Spekulation auch durch eine unerwartet reiche und frühzeitige Ernte in Argentinien und Texas zu Schanden gemacht und endete sie auch im Juni mit einem großen Krach, so hatte die bloße Probe des verbrecherischen Beglückens doch Zeit, eine Masse Geld und Leiden über das arbeitende Volk der europäischen Länder heraufzuschwären, denn die amerikanische Spekulation hat z. B. mittelbar auch die letzten Hungerkrawalle in Italien verschuldet. Die jetzige Aera des Kapitalismus in Amerika zeigt in den wahnwichtigen Treibern des Monopols den menschenfeindlichen, gemeingefährlichen Charakter dieser Wirtschaftsordnung in drastischer Weise.

Die letzten Ausführungen wollen wir durch Mittheilungen über ein nicht minder gemeinschädliches Riesenkartell ergänzen, das auf dem gleichen Boden gewachsen ist, wie der Korn-Trust. Es handelt sich um einen **amerikanischen Milch-Trust.**

Den Riesenspekulanten geht's wie den Ragen. Beim Fall kommen sie immer wieder auf die Beine zu stehen. Es ist noch nicht lange her, da verachtete Josef Leiter bei dem Versuche, den Kornhandel zu monopolisieren. Ein kleiner Winkelspekulant hätte bei einem entsprechenden Krach im Maßstabe seiner Verhältnisse seinen Kredit eingebüßt. Josef Leiter ist in der Lage, bei einem anderen Artikel den nämlichen Versuch zu machen. Er hat in Chicago einen großen Milch-Trust organisiert mit einem Kapital von 10 Mill. Dollars (40 Millionen Mark). Sein Vater L. J. Leiter und W. E. Ripp haben je ein Viertel der Antheilscheine in Händen. Alle Milchhändler, die dem Trust beitreten, erhalten Antheilscheine im Werth ihrer Vorräthe und Einrichtungen. Es sind Unterhandlungen eingeleitet mit den Eisenbahngesellschaften wegen Frachtermäßigung. Nachdem die Milch zu so billigen Preisen verkauft worden ist, daß jeder Konkurrent sein Geschäft schließen muß, will der Trust den Preis der Milch nach dem Mutterpreise reguliren. Schöne Aussichten für die Milchkonsumenten im Nachtbereich des Herrn Josef Leiter!

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 31. Januar.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag verhandelte heute den Marine-Etat und erledigte ihn in dieser ersten Sitzung, was schon seit langen Jahren nicht vorgekommen ist. Hätten unsere Genossen nicht Grund zu Beschwerden über die Verwaltungsmaximen in der Marineverwaltung gehabt, der ganze Etat wäre beinahe debattelos genehmigt worden. Es ist ja natürlich, denn die einzelnen Positionen sind in diesem Jahre nur Folgen der in den früheren Jahren ausgesprochenen Bewilligungen. An der Verwaltung aber hatten unsere Genossen allen Grund, scharfe Kritik zu üben; namentlich die Herren Werftdirektoren mußten ebenso berechtigte wie scharfe Angriffe über sich ergehen lassen. Genosse Singer brachte den bekannten Wahlbeeinflussungsaktus des Danziger Werftdirektors von Wietersheim zur Sprache und forderte vom Staatssekretär eine unzweideutige Erklärung, ob er die Wahlpraktiken dieses sonderbaren Staatsretters billige oder nicht. Er führte gleichzeitig über den Wilhelmshavener Werftdirektor von Schuchmann Beschwerde, der den Arbeitern mit Entlassung gedroht habe, wenn sie das ungeheure Verbrechen begehen sollten, dreimal mit der Steuerbeträgen rückständig zu bleiben. Staatssekretär Tirpitz antwortete, wie wir anerkennen wollen, klipp und klar. Er mißbilligte die Wahlbeeinflussung des Danziger Werftdirektors und fand die angedrohte Strafe der Entlassung bei den Rückständen zu hart. Fast im ganzen Hause zollte man der Erklärung Zustimmung. Nur auf der Rechten war man nicht damit einverstanden; und namentlich Herr v. Stumm schien das loyale Auftreten des Marineministers gegen den Strich zu geben, so mißbilligend und aufgeregte rücker auf seinem Sessel herum. Während alle anderen Redner die klaren und verständigen Ausführungen des Staatssekretärs mit Anerkennung begleiteten, suchte Herr v. Stumm sie zu hemmeln und an ihnen herum zu deuteln; und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Mißbehagen Stumms Herr Tirpitz noch theuer zu stehen kommt. Genosse Wolfenbühler unternahm es, dem Abg. v. Stumm zu erwidern; er wies auch an der Hand einer von der Marineverwaltung herausgegebenen Lohnstatistik nach, daß die Lohnverhältnisse auf den Werften noch lange nicht zufriedenstellende sind. Am Herrn von Stumm zu Hilfe zu kommen, nahm noch der streitbare deutschkonservative Graf Klincksowfström das Wort. Er hielt die Zeit für eine soziale Haß größerer Stills für passend; weil er dabei allzusehr mit seinem monarchischen Gefühl prahlte, ließ ihn unser Genosse Singer eine verbiente Abfertigung zu Theil werden. — Die Sitzung wurde mit der Berathung des Antrages, die Ertheilung zur Genehmigung des Strafverfahrens gegen unseren Genossen Schmidt-Magdeburg wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Der Antrag, welcher ein Mittel darstellen soll, unserem wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren

Gefängniß verurtheilten Genossen Müller-Magdeburg die Freiheit wieder zu geben, wurde zur schleunigen Berichterstattung der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen. Morgen steht der Antrag Bachem auf Abänderung der Posttarife, der Raufschon-Etat und der Post-Etat auf der Tagesordnung.

21. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Tirpitz.
Handelt wird ein schleuniger Antrag Kögler (SD.) u. Gen. angenommen auf Einsetzung der gegen den Abg. Thiele (SD.) bei dem Kgl. Landgericht in Halle a. S. schwebenden Strafverfahren für die Dauer der Session.

Ferner liegt ein Antrag Kögler u. Gen. vor: der Reichstag wolle beschließen, dem Ersten Staatsanwalt beim Kgl. Landgericht Magdeburg die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Magdeburg wegen angeblicher Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Mitgliedes des Kgl. Hauses erteilt.

Singer (SD.): Unseren Antrag begründen wir folgendermaßen: In Magdeburg wurde der verantwortliche Redakteur des sozialdem. Blattes wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren verurtheilt, obgleich drei Kollegen des Angeklagten bezeugten, daß er an den betreffenden Tagen nicht in Magdeburg war und sich auf der Rückkehr von einer Reise nur 10 Minuten in der Redaktion der „Volksstimme“ aufgehalten hatte. Kollege Schmidt-Magdeburg, der damals den verantwortlichen Redakteur vertrat, hat nun die Schuld auf sich genommen. Der Staatsanwalt hat aber abgesehen, gegen ihn zu klagen, weil während der Dauer einer Session das Strafverfahren gegen einen Reichstagsabgeordneten nicht eröffnet werden darf. Wir hoffen aber, daß diesmal eine Ausnahme gemacht werden wird. Um den Abgeordneten aller Parteien Gelegenheit zu einer eingehenden Prüfung der Angelegenheit zu geben, beantrage ich Ueberweisung unseres Antrages an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Das Haus beschließt dem Antrage gemäß und tritt sodann in die zweite Berathung des Etats ein, der beim Etat der Marineverwaltung fortgesetzt wird.

Vieber (B.) bekräftigt als Berichterstatter die unveränderte Annahme des Etats.

Beim Titel Staatssekretär verliest

Singer (SD.) einen Tagesbefehl, in dem der Oberwerftdirektor von Danzig, Herr von Wietersheim, seinen Arbeitern die Anweisung giebt, nicht sozialdemokratisch zu wählen und den Versammlungen dieser Partei nicht zu folgen. Der Herr Direktor giebt sodann eine Schilderung der letzten Ziele der Sozialdemokratie, mit einer durch keine Sachkenntniß getrüben Unbefangenheit. Er äußert sich da wie folgt: „Die Sozialdemokratie krebt den Umsturz der von Gott eingesetzten Weltordnung, (Hufe rechts, vornehmlich vom Abg. v. Stumm: Sehr richtig!) der Vernichtung der christlichen Familie (Sehr richtig!) und des Staates an. (Sehr richtig!) Ich glaube Ihnen (nach rechts) gern, daß dieser Entschluß auch Ihre Ansichten vertritt. Dadurch werden sie aber nicht richtiger! Es heißt dann also da weiter: „Sie leugnet Glauben und Religion und will die Monarchie stürzen. Und nur durch eine kräftige Monarchie ist das deutsche Reich in seiner Vereinigung stark und mächtig zu erhalten (Auf, wie oben: Sehr richtig!) und dauernd gegen Angriffe von außen zu bewahren. So lange das deutsche Reich noch nicht besteht, schate sich alles daruach; als es im glorreichen Kriege in Herrlichkeit errichtet wurde, jabelle man ihm zu; und jetzt, wo es besteht und seinen Segen in allen Verursachungen mehr oder weniger ansbreitet, arbeitet die Sozialdemokratie darauf hin, seine Grundpfeiler zu untergraben, um es zu Fall zu bringen.“ (Auf, wie oben: Sehr richtig!) Es heißt doch wirklich, das A-B-C der sozialdemokratischen Grundzüge nicht kennen, wenn man derartige Behauptungen aufstellt, wie die, daß die Sozialdemokratie das deutsche Reich zerstören will. Was welcher Druckfache, aus welcher Schrift, aus welcher Zeitung, aus welcher Rede kann das nachgewiesen werden? Das Gegentheil tritt hier zu. Die Sozialdemokratie will all die Vortheile, die die Errichtung des deutschen Reiches Wenigen geschaffen, den Millionen der deutschen Arbeiterklasse zugänglich machen. (Sehr richtig! links.) Nachdem also Herr von Wietersheim die Arbeiter so über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt hat, richtet er die Anforderung an sie: Wer noch einen Funken von Liebe für sein deutsches Vaterland hat, wer noch Treue zu Kaiser und Reich heßt, trete manhaft am 24. an die Wahlurne und gebe seine Stimme dem staatsbehaltenden Kandidaten Danzigs, dem treuen Bürger dieser Stadt. (Hufe rechts, vornehmlich Abg. v. Stumm: Sehr richtig! Auf von anderer Seite: Nicht! Große Heiterkeit.) Es ist Sache des Reichstages, dessen Anhang ein Ende zu machen, daß die Uebers der Verwaltungsgesellschaften ihren Angestellten verschreiben, welcher politischen Ueberzeugung sie sein sollen. (Sehr richtig! links.) während andererseits den Arbeitern gesagt wird, sie könnten durch das allgemeine Wahlrecht ihre Interessen genügend vertreten. Das ist ein Zustand, der in ihrem Interesse nicht gelbt werden darf. (Sehr richtig! links.) Es geht die Verwaltung gar nichts an, wen die Arbeiter wählen. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Man muß Sorge dafür tragen, daß das fundamentale Recht des Volkes, das Grundrecht der Arbeiter nicht mehr in dieser Weise inkonkord gemacht wird. Herr v. Wietersheim soll sich nicht mehr an dieser Stelle befinden und ich nehme nach dem Gesplogenen des letzten Jahres an, daß er für seine Heldenthat befohrt worden ist. (Große Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Ich möchte noch von einem zweiten Tagesbefehl berichten, in welchem der Oberwerftdirektor von Wilhelmshaven, Herr v. Schuchmann, bestimmt, daß die Arbeiter, welche dreimal in einem Jahre ohne genügende Entschuldigung die Steuern nicht rechtzeitig entrichtet haben, so daß deren Einziehung durch die Werft erfolgen muß, aus der Werftarbeit zu entlassen sind. Das ist ein derartiger Eingriff in die privatrechtlichen Verpflichtungen der Arbeiter, daß ich ihn einfach nicht begreife. Würde denn der Herr Staatssekretär auch die Steuerbehörde darin unterstützen, und einen solchen Uas z. B. an die Herren Offiziere gestatten, denn auch bei

benen sollen diese Strafbestrafungen vorkommen? (Heiterkeit.) Es ist bekannt, dass die Eingekerkerten in die Strafkolonien nicht zu Denunziationen benutzt werden darf, und hier benützt ein Vorgesetzter seine wirtschaftliche Macht, um Denunziationen der Steuerbehörde nachzukommen? Auf welchem Recht basiert ein solches Vorgehen? Welcher Privat-Inspektive würde sich zum Vorteil der Steuerbehörde ergeben? Und die Marinebehörde soll in solchen Diensten in Anspruch genommen werden? Ich will hoffen, dass die Erwiderung des Herrn Staatssekretärs so sein wird, dass das verleihe Rechtsgefühl der Arbeiter Genugthuung erhält. (Beifall links.)

Staatssekretär Tirpitz: Ich glaube im Einklang mit dem hohen Hause zu handeln, wenn ich mich nicht auf eine Sozialistenbeleidigung einlasse. Herr v. Winterhagen habe ich meine Ansicht, dass er nicht in dieser Weise bei den Wahlen hätte verworren dürfen, geäußert. Was die zweite Angelegenheit betrifft, so ist zweifellos der Tagesbefehl vom Wohlfühlen gegen die Arbeiter diktiert, weil der Oberverwaltungsrat ein großes Interesse daran haben muß, daß die Vermögensverhältnisse seiner Arbeiter geordnet sind. (Lachen links.) Den Passus von der Entlassung habe ich etwas hart, bis jedoch nicht genügend orientiert, um zu ersehen, ob er durch besondere Gründe gerechtfertigt ist.

Müller (Wg.): Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat mich bestreift. Ich wäre glücklich, wenn seine Auffassung auf allen Seiten dieses Hauses immer mehr Platz greife; denn das Eingreifen der Staatsbehörde bei den Wahlen schädigt die staatliche Autorität sehr.

Lügner (C.) fordert, daß mehr dafür gesorgt würde, daß die Angehörigen des Heeres und der Marine ihren gottesdienstlichen Pflichten nachkommen können, während unter Wahrung des patriotischen Standpunktes.

Staatsminister Tirpitz: Die Schiffsbauindustriellen haben eingehende Instruktionen über die Abhaltung von Gottesdiensten für Katholiken, die auch streng gehandhabt werden.

Herr v. Stumm: Den Tagesbefehl des Herrn von Winterhagen fasse ich lediglich als einen wohlgemeinten Rath des Herrn an seine Arbeiter auf. (Lachen links.) Mit der Erklärung des Herrn Staatssekretärs bin ich nicht ganz einverstanden; denn wenn Sozialdemokraten in einem staatlichen Betriebe angestellt werden, so muß der Vorgesetzte das Recht zugesprochen werden, ihre Arbeiter zu warnen, daß sie, falls sie für Sozialdemokraten stimmen, Gefahr laufen, entlassen zu werden. Was Herr von Winterhagen ausgesprochen hat, das ist ebenfalls die Basis der sozialdemokratischen Anschauungen. Ich habe selten etwas gehört, was so präzise die Ziele und Anschauungen der Sozialdemokratie wiedergibt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Singer behauptet, daß die Sozialdemokraten Feinde des deutschen Reichs sind, so verweise ich da nur z. B. auf einen Artikel aus dem „Sozialistischen „Abendblatt“ vom Januar 1895. Dort heißt es: Was ist unser Vaterland? Die Städte Mer, die menschlich fassen und denken, ist unser Vaterland. Ich erinnere auch an den roten Kalender, in dem anarchistische Morthaten verherrlicht werden und an bekannte Äußerungen von Bebel und Engels, daß die Sozialdemokratie vor keinen Gewaltthaten zurückschreckt. Die Gegenwärtigkeit zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten ist demnach nur Henserei. Ich habe Material genug, Ihnen das zu beweisen, und wenn Sie mich provozieren, bin ich bereit, Ihnen Rede zu geben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Mollenhuth (Sd.): Das Herr von Stumm alle Dummheiten, die über die Sozialdemokratie irgendwo geschrieben werden, gegen dieselben anspricht, ist uns ja bekannt. In 50 pCt. seiner Reden wird ja auch der rote Kalender erwähnt. Wenn Herr von Stumm meint, Vorgesetzte müßten ihren Untergebenen mit Rath bei den Wahlen zur Seite stehen, so finde ich trotzdem, daß dieser Rath einem Befehle gleichkommt. Das ist aber verfassungsgemäß ganz unzulässig. Und wie glauben Sie denn, daß die Eisenbahnen und der Schiffsbau im Betriebe erhalten werden können, wenn man die Sozialdemokraten hieraus entfernt? Dazu gehören gerade die Intelligentesten (Widerstand rechts). Sehr richtig! (Lachen.) Ich will nun zu etwas anderem übergehen. Im Vorjahre wurde von der Marineverwaltung eine Lohnstatistik herausgegeben, die von der Presse recht abfällig kritisiert worden ist. Die Mittelungen über die Arbeitslöhne sind darin summarisch, so daß der Zweck einer Lohnstatistik durchaus nicht erreicht wird. Der Durchschnittslohn ist so ermittelt worden, daß man nur das erste Halbjahr, wo dann auch Arbeitsarbeit und Verdienst aus Ueberstunden mit eingerechnet worden ist, von den Dienstgruppen — d. h. 9 Kategorien — berechnet hat. Dadurch wird der Durchschnittslohn schon an sich für sich ein höherer. Das Bild wird dadurch noch unrichtiger, daß man zu große Gruppen handwerklicher Zusammengehörigen hat und viel zu summarisch verfährt ist. Wenn man genauer hinsieht, so ergibt sich, daß bei einer Familie von 5 Köpfen 38 Pf. pro Tag und Kopf entfällt. (Hört! Hört!) Solche Sozialpolitik sollte die Marineverwaltung nicht betreiben. (Sehr richtig! links.) Ein weiterer Mißstand auf den Werften ist das Spielthum. Das ist ja bei uns ohnehin in Massentextilen gebräuchlich. Selbst Minister sind nicht ganz sicher davor, aber diese ist sie nicht so gefährlich. Wenn aber diese Spielthumhaftigkeit unter den Arbeitern um sich greift, dann werden bei der Werftdirektion stets Leute benützt werden, die persönliche Feinde der Spitze sind. Es wäre wirklich an der Zeit, daß für die Vervollständigung der Werftarbeiter etwas getan würde. Das würde auch der Werften selbst zu Gute kommen. Die Werften sollen nicht für die Unterhaltung von Schmarotzern da sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Contre-Admiral v. Büchel erklärt, daß Reichsmarineamt werde bemüht sein, die Sehverhältnisse der Arbeiter zu bessern. Das werde ihr um so mehr gelingen, je weniger ihre Maßnahmen von anderer Seite schief gemacht werden. (Beifall rechts.)

Berger (Antil.) hofft von der Marine stärkeren Schutz der im Ausland lebenden Deutschen.

Haffnermann (Wg.): Nach den Benäherungen des Herrn von Stumm halte ich es für angezeigt, außer Einverständnis mit der Erklärung des Staatssekretärs ausdrücklich hier zu befehlen. (Beifall.)

Broder (B.) hält das Eintreten der Behörden für die sozialistischerhaltenden Parteien für unzulässig.

Müller (Wg.): Für Aufbesserung der Löhne werden wir stets zu haben sein. Das Spielthum verurtheile auch ich, aber Kollege Mollenhuth hat bisher keine Beweise dafür vorgebracht.

Graf Lindow (K.) räumt der Regierung das Recht ein, gegen die umstürzenden Tendenzen der Sozialdemokratie Front zu machen. Die Charakterisierung der Partei des Herrn Singer durch den Erlaß ist ganz zutreffend. Für uns sind Deutschland und Monarchie ungetrennbare Begriffe. Nur über unsere Leiden geht der Weg zur Republik (Lachen links). Auf dem Lande verbergen Sie Ihre Gesinnung. Mein Gegenkandidat, Herr Braun-Memel, hat erklärt, er sei königlich. Sie verlieren Ihre Anhänger wenn die Behörden endlich einmal gegen Sie vorgehen.

Herr v. Stumm (Rp.) bleibt dabei, daß die Marineverwaltung keine notorischen Sozialdemokraten in ihren Diensten behalten darf. Die Agitation der einzelnen Parteien ist eine viel gefährlichere Wahlbeeinflussung, als die Auserkung eines Branten.

Singer (Sd.): Die Auserkung der beiden Vorredner zwingen mich zu einer kurzen Erwiderung. Mit Ausnahme der Herren von den Rechten haben alle übrigen Parteien ein Eingreifen von Beamten bei politischen Wahlen, wie es der Tagesbefehl zeigt, entsetzlich verurtheilt. Herr v. Stumm hat aber hier herausgefunden, es handle sich nur um einen Rath. Ich bin nicht erstaunt, daß Herr v. Stumm mit Herrn v. Tirpitz nicht übereinstimmt. Charakteristisch für ihn ist es auch, daß er es nicht verdammt, in einer Art verdeckter Denunziation — (Archie rechts, Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege: In diesem Zusammenhang ist das Wort Denunziation doch wohl nicht parlamentarisch.

Singer (fortfahrend): Das Herr v. Stumm es verstanden hat, aber den Staatssekretär hinaus an eine höhere Stelle zu appellieren. Wenn Sie die Sozialdemokraten aus den Reichsbetrieben entfernen, wenn man auch in der Privatindustrie, wie Herr v. Stumm meint, keine Sozialdemokraten mehr beschäftigen soll, so müssen Sie demnach auch Welege erlassen, daß die Sozialdemokraten keine Steuern mehr zu bezahlen und keine öffentlichen Pflichten mehr zu erfüllen brauchen. Es ist kaum der Mühe werth, den thatsächlichen Verhältnissen gegenüber sich mit solchen Behauptungen herumzukrüppeln. Wir haben wiederholt ausgeführt, daß wir innerhalb der heutigen Verhältnisse durchaus nicht Feinde des Reichs sind. Aber wir haben niemals behauptet, daß wir Monarchisten sind. Und was das Wort des Herrn von Lindow anlangt: Nur über unsere Leiden geht der Weg, nur: Ueber welche konservativen Leiden ist denn 1896 die Beirathung einiger Monarchisten erfolgt? Ihr alter Wahlspruch bleibt eben: Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut! Sie haben es durchaus nicht nötig, anderen Ihre antimonarchische Gesinnung vorzuführen. Wenn die Herren behaupten, wir hätten unseren Culminationspunkt überschritten, so beweisen die letzten Wahlen das Gegentheil. Auch auf dem Lande gehen bei Wahlen schließlich die Augen auf über das Treiben der Agrarier und der Reaktion (Archie rechts). Die Auserkung von Braun-Memel kann nur tröstlich gemeint sein. Im Uebrigen: es wird Ihnen nicht gelingen, die Abkündigung des Reichstages in Betreff des Tagesbefehls durch Hülse und Harnisch gegen die Sozialdemokratie zu verwirklichen. (Beifall links.)

Freiherr von Stumm (Rp.): Die Erfolge der Sozialdemokratie auf dem Lande beweisen mir, wie notwendig ihre Bekämpfung mit allen geeigneten Mitteln ist.

Graf Lindow (K.): Die Auserkung des Herrn Braun-Memel war keineswegs tröstlich gemeint. Die Sozialdemokratie ist nur deshalb auf dem Lande im Steigen begriffen, weil sie ihre wahren Ziele verliert.

Ohne weitere wesentliche Debatte wird hierauf der Rest des Marinetags beendigt.

Hierauf verlegt sich das Haus

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Antrag Bahren über Abänderung des Posttarifs. Etat für Meutichon. Postetat.)

Schluss 6 Uhr.

Ein Königswort und sein Echo.

In den Zeitungen steht zu lesen, der König von Sachsen habe bei seiner Anwesenheit in Berlin zur Geburtstagsfeier des Kaisers die sächsischen Reichstagsabgeordneten, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Mitglieder, in Audienz empfangen. Diese Festungsnote erinnert uns an einen Vorgang aus dem Jahre 1887, über den der „Richter“, „Sozialdemokrat“ 1. B. berichtete. Auch damals hatte sich Albert von Sachsen in Berlin befunden und die sächsischen Reichstagsabgeordneten zu sich erbeten. Und sie erschienen wohl so ziemlich alle, weil damals kein Sozialdemokrat in Sachsen gewählt worden war. Voll stolzer Fremde sollte denn auch der König gesagt haben, er freue sich, daß er „aus alle sächsischen Abgeordneten bei sich empfangen könne.“ Diese Auserkung veranlaßte uns den „Richter“, „Sozialdemokrat“ zu folgenden Ausführungen:

„Wir können kaum glauben, daß der König von Sachsen eine solche Auserkung gethan hat. Von der Fremde über die Nichtwahl der Sozialdemokraten wollen wir ganz absehen — diese künftige Fremde kann für uns Sozialdemokraten ja nur schmerzhaft sein — was jedoch das „Empfangen“ betrifft, so muß der König von Sachsen doch wissen, daß dazu mindestens zwei gehören: Einer, der empfängt, und einer der sich empfangen läßt. Daß aber sozialdemokratische Abgeordnete sich nicht empfangen lassen, das weiß niemand besser als der König von Sachsen, dessen Einladungen an sozialdemokratische Abgeordnete regelmäßig zurückgeschickt wurden. Wenn König Albert sich bei seinem Hofmenschall erkundigt, wird er vielleicht auch erfahren, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der von Hofbedienten ganz besonders gebeten ward, der königlichen Einladung Folge zu leisten, die Antwort gab: „Wenn der König mich besucht, so compromittirt er sich nicht, wenn ich ihn besuche, so habe ich meine Ehre verloren.“ Hat der König wirklich den Wunsch, mich zu sprechen, so ist es vom Palast in meine Wohnung genau so weit, wie von meiner Wohnung in den Palast!“

Dieses wahrhaft jacobinische Wort hielten wir der Anfrischung für werth. Aber wie haben sich die Zeiten seit damals geändert! Jetzt schickt Sachsen nicht weniger als 11 Sozialdemokraten (unter 23 Abgeordneten) in den Reichstag und manche Wahlkreise sind nur mit starkem Minoritäten verloren gegangen. Heute kann sich also Albert von Sachsen nicht mehr darüber freuen, alle sächsischen Abgeordneten bei sich zu empfangen.

Des Lippers Kaisergeburtstagsrede. Der Graf Regent von Lippe hat am 27. Januar in Detmold zu des Kaisers Geburtstag ein Festmahl gegeben und dabei geredet. Er sagte:

Ich habe Sie auch in diesem Jahre zur Feier des Geburtstags Sr. Majestät des deutschen Kaisers an festlicher Tafel um mich vereinigt. Es ist für mich selbstverständlich, daß persönliche Erfahrungen noch so schmerzlicher Art, wie solche mir das letztverlossene Jahr gebracht hat und wie sie zu meinem tiefsten Bedauern auch der Öffentlichkeit preisgegeben worden sind, nie und nimmermehr einen Einspruch anstellen können auf das freundliche Defensivwort meiner Thron- und Reichs-Verdrossenheit und partikularen Unterwerfungen haben in meinem Hause und Herzen keine Stätte.

In allen Schwierigkeiten und Kämpfen, welche meiner Regierung bereitet werden, bewahre ich festes, ruhiges Vertrauen auf Gott, pflichtmäßiges Festhalten an meinem Recht und unerschütterlichen Glauben an seinen Sieg. Ob dieses Recht noch durch einen Akt der Landes-Verseigerung ausbreitlich zu deklarieren sei, ist für mich eine Sorge rein laubwälderlicher Art. So wünschenswerth und erprießlich es auch wohl für die endliche Beruhigung meines Landes erscheinen dürfte, das, was längst in demselben als das Recht meines Hauses erkannt und bezeugt ist, gesetzlich festzulegen, so wenig bedarf meine Familie eines solchen gesetzgeberischen Aktes. Unser Recht von Gottes Gnade steht auch ohne dies absolut fest und hat nach meinem Vertrauen seine stärkste Garantie im Bestande des deutschen Reichs selbst. Soweit dieses Recht einer Anerkennung durch menschliche Autoritäten bedürfte, ist ihm solche reichlich zu Theil geworden. Bödig erschöpfend schon in dem hohen Schiedspruch von 1897! Zugleich denke ich mit tiefer Ergriffenheit in diesem Augenblicke unseres heimgegangenen großen Bismarck, der mir wiederholt und gerade in den letzten Jahren seine feste Ueberzeugung

von dem Rechte meines Hauses bekräftigt hat. Endlich kann ich mittheilen, daß erst vor wenigen Wochen noch eine der höchsten Behörden des Reichs zur Aufstellung eines der Universitäts-Verträge in einem ausführlich begründeten wissenschaftlichen Gutachten ihre einmüthige Rechtsüberzeugung dahin ausgesprochen hat, daß jede Verletzung des Rechts meiner Schöne auf die Thronfolge im Fürstenthum Lippe aus mehreren Gründen zu verwerfen sei, von denen jeder für sich fast genug wäre, die Verwerfung allein zu tragen. Die Verwirklichung dieses von so vielen und hohen menschlichen Autoritäten anerkannten Rechtes lege ich getroßt in Gottes Hand. So ist aber auch die erstoffte Fremde nicht mehr beschließen sein, sein allgemeine Anerkennung selbst an erleben, so wird mich das nicht abhalten, mit voller laubwälderlicher Liebe der Regierung meines Landes zu walten und in der Baubereitwilligkeit zu weitestem mit allen Gliedern des deutschen Reichs. Wie ich hiermit alle Beirathung des Reichs hingewendet habe, so erhebe ich nunmehr das Wort und teile auf das Wohl des deutschen Reichs, dessen Regierung Gott allzeit segnen wolle. Seine Majestät der deutschen Kaiser hoch!

Ein neues Gewehr in Sicht? Bei Gelegenheit der Kaisergeburtstagsfeier der Gewehrfabrik zu Danzig erhielten unter anderen verdienten Angestellten auch die beiden Arbeiter Johann und Frankenberg eine mit den Wappen und dem Namen des Kaisers geschmückte silberne Uhr. Hierbei theilte der Major Westel ihnen mit, daß ihnen das Geschenk vornehmlich deshalb verabreicht worden sei, weil sie sich an den Vorkämpfen für das neue Gewehr in der Fabrik besonders hervorgethan hätten. Hierzu mehr noch folgende Meldung:

Seit einiger Zeit müssen die Arbeiter der Spandauer Gewehrfabrik täglich eine Ueberstunde machen. Dies geschieht, weil sich ein neues Gewehr in Arbeit befindet, das bald für das Heer eingeführt werden soll. Vom 1. April d. J. soll der Fabrikationsbetrieb so eingerichtet werden, daß täglich etwa 80 Gewehre fertig gestellt werden können.

Ist das nicht eine reizende Illustration zur Friedensschmelze des Haren?

Wegen die Auslegung, ob eine Art Minderheitsvotum gegen das Reichsgericht in der Ernennung des Dr. Wyzomirski zum Reichsgerichtsrath zu erblicken sei, wendet sich eine Zuschrift an die ultramontane „Schles. Volkstg.“:

„Auf die Urtheile einer Strafkammer hat der Präsident des Landgerichts gar keinen Einfluß, es sei denn, was aber hier nicht der Fall war, daß der Vorsitzende dieser Kammer ist. Nicht einmal die Mitglieder der Kammer bestimmt er selbst, dies thut vielmehr, gewöhnlich auf ein ganzes Jahr voraus, das Präsidium, das in Weihen aus dem Präsidenten, vier Direktoren und einem Landgerichtsrath besteht. Wenn ein Präsident einfluß auf ein zu fällendes Urtheil ausüben oder wegen eines geschehenen Urtheils Mängel geltend machen wollte, so könnte, müßte und würde sich jedes Mitglied der betreffenden Kammer das an das Entschieden verhalten. Kann demnach der frühere Präsident Dr. Wyzomirski für das Urtheil der Weihen Strafkammer nicht verantwortlich gemacht werden, so kann ihm auch andererseits dieses Urtheil nicht zu Gute kommen und eben so wenig kann in seiner Beschränkung eine Spitze gegen das Weihen Erkenntnis scharf beurtheilende Reichsgericht gefunden werden, zumal Dr. Wyzomirski, nach seiner früheren Thätigkeit als Strafkammerdirektor und seinen persönlichen Auserkennungen nicht ein Anhänger hoher Strafen war.“

Dieses Dementi wiegt zu leicht, gegenüber der bestimnten Meinung des „Reichsboten“, der sicherlich an guter Quelle geschöpft hatte.

Auf reichsgesetzliche Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie hat bekanntlich die Handelskammer zu Minden i. Westf. an den Staatssekretär des Innern einen Antrag gerichtet. Nach den Darlegungen darin werden zur Zeit in den Kreisen Minden, Lübbecke und Herford über 25 000 Personen mit der Anfertigung von Zigarren beschäftigt, und zwar sind diese zum größten Theil als Hausarbeiter thätig von ihnen sind 5300 Kinder. Als Hauptnachtheil für den Hausarbeiter wird angegeben, daß sein Arbeitsraum den hygienischen Anforderungen meistens nicht entspricht. Selten hat der Hausarbeiter einen besonderen Arbeitsraum für sich. Zu meist arbeitet er in der allgemeinen Wohnstube. Dort werden die Tabake entrippt, wodurch die Stuben mit Staub angefüllt wird. Die Zigarrenstücke werden dort getrocknet und in Folge dessen finden eine Ueberhitzung des Raumes statt. Bei man gelhafter oder überhaupt nicht bestehender Lüftung wirken der Tabakstaub und die Ausdünstung des Tabaks sehr nachtheilig auf die Gesundheit sämtlicher Bewohner der Stube. Es ist deshalb erklärlich, weshalb ein großer Theil dieser Arbeiter und seines Hausstandes an Erkrankungen der Athmungsorgane leidet. Besonders nachtheilig wirken solche Zustände auf die Kinder, welche in ihrer schulfreien Zeit zum Abripen des Tabaks und zum Zigarrenwickeln in man herangezogen werden. Der Fabrikant, welcher dem Hausarbeiter eine bestimmte Menge Rohtabak zur Verarbeitung zuwiegt, erleidet dadurch Nachtheil, daß ihm die Aufsicht über die richtige und reinliche Verarbeitung des Material sehr erschwert wird und daß die Fabrikationsfähigkeit der Hausarbeiter im Allgemeinen nachläßt. Trotz dieser Mißstände glaubt die Handelskammer einem gesetzlichen Verbot der Zigarren-Hausindustrie nicht zustimmen zu können; sie fordert jedoch, gestützt auf eine Umfrage bei den Fabrikanten, deren gesetzliche Regelung und macht hierfür im Wesentlichen folgende Vorschläge: Selbstständige Hausarbeit soll nur von großjährigen Personen ausgeübt werden; Personen mit ansteckenden Krankheiten usw. sind ausgeschlossen. Der Arbeitsraum muß vom Wohnraum getrennt sein, Ventilationseinrichtung muß vorhanden sein u. dgl. m.; besonderer Trockenraum nicht erforderlich, Trocknen über dem Ofen verboten; die Hausarbeiter bedürfen polizeilicher Genehmigung und werden der Gewerbeinspektion unterstellt; für bereits bestehende

Hausbetriebe soll eine Uebergangszeit von fünf Jahren gelten. — Es wäre in der That zu wünschen, daß in den traurigen Zuständen in der Zigarren-Hausindustrie Wandel geschaffen würde. Soll aber auch nur das oben geforderte Minimum von Gesundheitschutz gewährt werden, so müssen sich die Herren Fabrikanten schon entschließen, für die Herstellung der Zigarren erheblich höhere Löhne zu zahlen. Unter solchen Umständen dürften sie jedoch den fabrikmäßigen Betrieb vorziehen.

Zunehmender Handel Deutschlands im Jahre 1898. Der Werth der Einfuhr für das Jahr 1898 betrug in 1000 Mk.: 5 477 648 gegen 4 864 644 im Jahre 1897, daher mehr 613 004. Der Werth der Ausfuhr 4 001 746 gegen 3 786 241, daher mehr 215 505. Gestiegen ist hauptsächlich der Einfuhrwerth von Baumwolle und Baumwollwaren, Getreide und anderen Landbau-Erzeugnissen (151 Millionen Mk.), Holz pp., sowie Waren daraus, Material-pp. Waren, Oel und Fellen, Wolle und Wollewaren, und der Ausfuhrwerth von Drogerien, Apotheker- und Farbewaren, Eisen und Eisenwaren, Instrumenten, Maschinen und Fahrzeugen — der Einfuhrwerth der Instrumente pp. ist gleichfalls erheblich gestiegen —, Seide und Seidenwaren, Kohlen, während der Werth der ausgeführten Material-pp. Waren und Wolle und Wollewaren erheblich zurückgegangen ist. Die Gesamteinfuhr ergibt für 1898: 42 718 075 gegen 40 182 317 im Vorjahr, daher mehr 2 535 758. Die Gesamtausfuhr 30 086 228 gegen 28 019 949, daher mehr 2 066 279.

In der Jesuiten-Debatte des deutschen Reichstages hatte der Centrum-Medner Dr. Vieber in seiner Rede bekanntlich behauptet, die Schweiz — von deren Verfassung der national-liberale Medner Dr. Hofer festgestellt hatte, daß sie die Jesuiten im Lande nicht dulde — sei ein Land, „in dem sich Künste- und Frauenmörder frei herumtreiben können.“ In der Schweiz ist man über diese Äußerungen entrüstet und zwar mit vollem Rechte. Die „Basler Nachr.“ stellen zunächst fest, daß das ganze Centrum durch ähnlichen Weisfall sich mit der Auslassung identifiziert, daß die mehrfache Beschimpfung der Schweiz von seiner Seite zurückgewiesen, ja daß sie nicht einmal vom Präsidenten, wie es dessen Pflicht gewesen wäre, gestügt wurde. In derselben Sitzung habe Graf Kallert dem Wort „verdreht“ als unparlamentarisch gestügt; aber daß eine fremde Nation, die mit Deutschland gute freundschaftliche Beziehungen unterhält, standlos geschmäht wurde, habe er ruhig hingenommen. Die Beleidigung sei nun so schlimmer, als sie vom Führer der im Reichstag maßgebenden Partei, die sich auch als Regierungspartei fühle und ausspreche, ausgesprochen wurde. Das Blatt führt dann aus, daß die Schweiz ihre guten Gründe habe, die Jesuiten, die den Sonderbundkrieg verschuldeten, auszuschließen; daß es die Schweiz gerechtfertigt sei, wegen ihrer Freiheiten von gewissen Leuten, die nur den Polizeistaat kennen, beim wichtigsten Anlaß als „wildes Land“ behandelt zu werden, und daß, was die Attentate angehe, auch Deutschland eine entsprechende Anzahl aufzuweisen habe; außerdem sollten die Herren Vieber und Groussin, denen der Zweck die Mittel heilige, die Geschichte der Päpste besser studieren, um zu erfahren, wo die Missethäter und Frauenmörder sich frei herumtreiben durften. Am Schlusse heißt es: „Herr Vieber darf davon überzeugt sein: ihm und seiner Partei, den Präsidenten des Reichstages eingeschlossen, sowie den ionigen Schweizern im deutschen Reichstag wird der letzte Mittwoch nicht vergessen werden. Das „Land der Königs- und Frauenmörder“ hat ein gutes Gedächtnis.“ — Es ist behauerlich, daß kein Abgeordneter unserer Partei die ebenso unwahre wie beleidigende Äußerung Vieber's gebührend zurückgewiesen hat. Die Schweiz hat schon so oft verfolgt und geachtet Sozialdemokraten Unterkunft gewährt, daß sie ein Wort zu ihrer Vertheidigung wohl werth war. Vielleicht holt man des Verkauften noch nach!

Unser die Welt trotz alledem! Ein geistlicher Artikelschreiber schrieb in einem unbewachten Augenblicke der ultramontanen „Angsbürger Post-Zeitung“ dieses Geständnis:

„Wenn die Sozialdemokratie als politische Partei vorerst unserm Bauernstande nicht sonderlich gefährlich ist, so läßt sich um so weniger leugnen, daß der Sozialismus als Lebens- und Weltanschauung, ich möchte sagen, daß der Sozialismus als Häresie (Ketzerei) auch unter dem Landvolke schon große geistige Eroberungen gemacht hat. Nach der Damer beugt und fällt vielfach schon, ohne daß er sich dessen bewußt ist, sozialistisch. Die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen, der Wunsch aber seine gedrückte Lage, das Ringen nach besseren Zuständen, ist oft stark angehaucht; der Sozialismus liegt so zu sagen in der Luft.“

So merken sie es doch die Ritter der ultramontanen Reaktion: der sozialistische Gedanke erfüllt die Welt, er liegt in der Luft, sogar in der Luft, die von Trägern des „antikollektivistischen“ Bauernschädels eingeathmet wird. Was hilft dagegen auf die Dauer die noch so eifrige geistige Quarantäne?

Herr v. d. Gröben-Areuklein stellt sich als armes Opferlamm hin. Er veröffentlicht aus Anlaß seines „Austritts“ aus der konservativen Fraktion eine Erklärung. Er behauptet darin, daß eine Infamie gegen ihn begangen wurde, deren Zweck sei, ihn politisch, gesellschaftlich und finanziell zu ruinieren. Herr v. d. Gröben versichert alsdann, daß er die ostpreussische Landwirtschaftskammer nicht habe beleidigen wollen, und entschuldigt sich dann wegen seiner Äußerung, daß der Landwirtschaftsminister gleich Null sei, wie folgt:

Ich habe keine Kontrolle über die Richtigkeit dieser bruchstückweisen Wiedergabe eines Briefes, muß aber sehr

bezweifeln, daß ich mich, auch bei vertraulichster Form, so ungerne über einen Minister sollte geäußert haben.

Kleine politische Nachrichten. Die neue Polen-politik bezeichnete der Oberbürgermeister Wittig in Wesen am Freitag beim Kaisergeburtstagesessen als verlässliche, als eigentliche Politik des Kaisers, zu deren Ausfühung er sich äußerte. Die Verwaltung der Militärverwaltung wird in der Budgetkommission vornehmlich am kommenden Freitag beginnen — Die vom Schatzsekretär Grafen Tolpomest angeführte Konferenz von Sachverständigen zur Erörterung wegen Abänderung und Ergänzung des Reichswahlgesetzes vom Jahre 1892 wird am 6. Februar im Reichsausschuß des Innern ankommen. Die Einladungen an die 30 Teilnehmer sind schon ergangen. — Der Kaiser hat an seinem Geburtstage dem russischen Botschafter, Grafen Osten-Sacken, den Schwarzen Adlerorden verliehen. Die Insignien des Ordens wurden dem Botschafter durch den Staatssekretär v. Bülow überreicht. Man geht mit dem „Ehrenwort“ im Osten. — Der Tuberkulosekongress, der von dem deutschen Central-Komitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenerkrankte für die Zeit vom 24. bis 27. Mai nach Berlin einberufen ist, bezieht, der amtlichen „Berliner Correspondenz“ zufolge, die Tuberkulose als Volkskrankheit, ihre Gefahren und die Mittel zur Bekämpfung derselben den weitesten Kreisen vor Augen zu führen. Der Kongress verfolgt rein praktische Zwecke. Mitglieder kann jeder werden, der Interesse an der Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit nimmt und eine Mitgliedskarte von 20 Mark löst. Die Regierungen, Gemeinderäte u. s. w., die sich an der Schwindsuchtbekämpfung beteiligen, werden von der Abhaltung des Kongresses verabschiedet, und erhalt, delegierte als Mitglieder zu entsenden. Den Regierungen des Auslandes geht gleichfalls eine entsprechende Mitteilung zu. Wegen des Artikels „Wahlschillingen“, welcher kürzlich in der Wiener „Zeitung“ erschienen war und den österreichisch-ungarischen Konsul Baumann zum Verfasser hat, ist vom Reichsausschuß Untersuchung eingeleitet worden. Nach der „Polit. Zeitung“ erhielt Baumann vom österreichischen auswärtigen Amt eine scharfe Rüge. — Dem Abgeordnetenhanse ist der Gegenstand, betreffend die ärztliche Ehrengerichts- und das Unmündigenrecht der Kaiserin für Aegypten angegangen. — Der braunschweigische Landtag beschloß, im Gegensaatz zur Regierungsvorlage, Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung der Gemeindefiskal- und Einkommensteuer heranzuziehen. — Mit dem Dreiklassenwahlrecht soll Braunschweig beglückt werden. Dem „Berl. Tagebl.“ wird gemeldet: Das veraltete braunschweigische Wahlgesetz soll nach dem Wunsche der Justiz-Kommission des Bundes reformiert werden. Weiter soll die Kommission für einen Wahlmodus ein, der ebenfalls den modernen Anschauungen durchaus nicht entspricht. Sie schlägt dem Landtage vor, die Regierung um die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes zu bitten, das auf der Grundlage der geheimen, indirekten Dreiklassenwahl beruht. Die fünfzehn Abgeordneten sollen in den Stadt- und Landgemeinden, die übrigen 14 von den einzelnen Wahlkreisen in besonderen Wahlen gewählt werden. Der Firma Siemens in Berlin ist die Errichtung allgemeiner Elektrizitätsanlagen in Kantonien übertragen worden. Es sind bereits von der Firma die nöthigen Elektricitätsarbeiter bestellt worden. Sie müssen sich verpflichten, mindestens drei Jahre in Kantonien zu bleiben. Der katholische Kanton Wallis, der sonst den fortgeschrittenen Ideen seinen Platz gewährt, hat nach dem Vorbild des bekannten französischen Geistes bereiter die heilige Dreifaltigkeit erstmalig heranzustellen beschlossen.

Frankreich.

Der Kassationshof und die Kammer. Der ursprünglich von der Regierung am Sonnabend beschlossene Gesetzentwurf wurde später noch dahin abgeändert, daß an Stelle der Unheilshilfswahl, an den vollständigen Kassationshof in gewissen Fällen die Ueberweisung an den vollständigen Kassationshof in allen Fällen vorgeschlagen ist. Die Begründung enthält lang juristische Erwägungen und schließt: „Der neue Entwurf wird sofort auf die Angelegenheit Anwendung finden, die eine tiefe Spaltung der Geister hervorgerufen hat. Man wird zweifellos einwenden, es handle sich um ein Gelegenheitsgesetz, es ist aber in Wirklichkeit ein Gesetz der Nothwendigkeit und der Beruhigung. Wir meinen, der von dem ganzen Kassationshofe ausgehende Beschluß wird mit unvordenklicher Kraft allen Geistes imponieren, die Agitation und die Spaltungen beendigen, die das Land schon zu lange beunruhigen.“ Bereits gestern (Montag) hat sich die Kammer mit dem Antrage der Regierung beschäftigt. Nach kurzer, erregter Debatte wurde der Antrag an eine Kommission verwiesen und zwar — gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalisten und Antisemiten —, an dieselbe Kommission, welche bereits die ähnlichen Anträge Gerville, Reache und Rose durchberathen und sich bisher solchen Projekten gegenüber feindlich verhalten hatte. Man darf indessen auf ihre Festigkeit nicht allzusehr rechnen, und die Regierung selber glaubt, ihren etwaigen Widerstand überwinden zu können. Wichtiger ist, daß Millerand (Soz.) von Dupuy das Versprechen erlangte, daß die in der Untersuchung der Dreyfus-Affäre vor dem Kassationshof gemachten Aussagen gedruckt veröffentlicht werden sollten. Diese Publikation zu verhindern, war in den letzten Tagen durch alle möglichen hinter den Coulissen geführten Manöver versucht worden. Das Haus war fast vollzählig; vom ersten Augenblicke an war die Erregung sehr groß. Die Kommission der Kammer, welcher die Vorlage überwiesen wurde, tritt bereits heute zusammen; sie hört den Enquete, betr. den Kassationshof in Empfang. Mehrere Mitglieder wollen verlangen, daß die beschuldigten Justizbeamten von der Kommission verhört werden. Esterhazy, der nicht abgereist ist, wurde am Montag wiederum von der Kriminalkammer des Kassationshofes vernommen. Es heißt, Esterhazy beabsichtige, rücksichtlich auf den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, es abzulehnen, weitere Aussagen vor der Kriminalkammer zu machen und wolle verlangen, von allen Kammer des Kassationshofes gemeinsam vernommen zu werden. Reinach erzählt im „Siecle“, Esterhazy habe zu Rodays, dem Chefredakteur des „Figaro“ betreffs des Vorberaus gesagt: „Das ist mein Meisterwerk.“ (Daran hat mit Ausnahme der Generalkämmer bisher niemand gegweifelt.) — Wie der Senator Ranc in dem „Radical“ berichtet, hat General Gouze vor der Kriminalkammer erklärt, daß die Abschrift der Depesche Panizzardi, die von dem im Ministerium des

Außen aufbewahrten Original wesentlich abweiche, thatsächlich gefälscht worden sei. — Millerand kündigt an, daß er bei der Budgetberatung eine Forderung auf Erhöhung der Kredite der Nationaldruckerei einbringen werde, weil der Justizminister für die Ablehnung der von der Kriminalkammer verlangten Drucklegung aller in der Revisionsequete abgegangenen Benachteiligungen Erparnismaßnahmen geltend machte.

Dies irae.

A. K. Ein Tag voll Hornes! Nicht jenes Hornes, der einen Erbhall in Aiche verwandelt, aber jenes Hornes, der „so von hinten herum“ schmerzhaftes Wunden zu schlagen verbleibt. Im preussischen Landtage verhandelte man am Sonnabend über das Kapitel „Lotterieverwaltung.“ Und kein Geringerer, als der ehemalige „Kommunist“ und Organisator von Bauernaufständen, der jetzige Finanzminister Herr Johannes von Miquel, redete gewichtige Worte. Herr Johannes ist im Laufe der Zeiten bedeutend von uns gewichen. Er hat die revolutionäre phrygische Mütze abgestreift und die modernste preussische Uniform, das dem „Berkhströumer“ unbekannte Gewand der „reinen Internationale“ angelegt; doch heute sind wir mit ihm einmal zufrieden. Er, der in der Politik unseres Erachtens oft ein gewagtes Lotteriespiel treibt, durch dessen Fährnisse ihm nur seine beinahe sprichwörtlich gewordene Bescheidenheit hindurchhilft, er hat den Nicotomanen, den Nietenfeger, oder wie man sonst die Verehrer des Glücksrades tauft, mag, einmal eine kleine Stankpauke gehalten, die uns bis zu einem gewissen Grade recht gut gefallen hat. Wir bringen den Bericht der betr. Landtagverhandlungen nachstehend nach dem „Berl. Tagebl.“

Abg. Dr. Arendt (Soz.) bringt seine Bemerkungen gegen die Uebelstände im Lotteriewesen vor. Bedenklich sei es, ein Gesetz aufrecht zu erhalten, das dem Rechte der Staatsbürger des Volkes widerspreche. Durch Reichsgesetz könnte festgestellt werden, daß keine neuen Staats- und Privatlotterien errichtet werden dürfen. Darin können auch Handhaben zur Beschränkung des Lotteriewesens geschaffen werden. Der jetzige Zustand sei des deutschen Reiches unüberdick.

Finanzminister Dr. v. Miquel: In gewissen Sinne gebe ich Herrn Dr. Arendt Recht. Wenn ein Kleinstaat Lotterien mit Loosen in so großer Zahl konzeffionirt, daß die Loose im eigenen Lande gar nicht abgesetzt werden können, so ist der Verlust doch klar. Bisher hat sich ein Vorschlag darin, daß jeder Staat nur nach der Abfassung der Lotterien im eigenen Lande Lotterien konzeffioniren dürfe. Ein Antrag auf reichsgesetzliche Regelung, die augemein schwierig ist, ist vom Reichstanzler abgelehnt, zu erwägen wäre eine Kontingentierung der Zahl der Loose, die Privatlotterien vertrieben dürfen, eine einheitliche Festsetzung der Konzeffionsbedingungen, eine schärfere Bekämpfung der Kessame für Lotterien als bisher und endlich eine schärfere Aufsicht des Staates über die Art des Betriebes.

Abg. Krich (Soz.): Ich meine nicht, daß der Finanzminister die Uebelstände im Lotteriewesen anerkannt hat. Aber es wird schwer sein, eine Reichslotterie einzuführen, da die kleinen Einzelstaaten große Einnahmen aus den Lotterien beziehen und nicht ohne Entschädigung auf ihr Recht verzichten werden. Eine Kontingentierung des Lotteriewesens mag sich wohl durchführen lassen, aber bei der fortschreitenden Spielwuth des deutschen Volkes und der fortschreitenden finanziellen Entwicklung müßten doch die bei der Kontingentierung festgesetzten Piffen einer häufigen Abänderung unterliegen. Dem nicht preussischen Lotteriewesen ist es durch die von der preussischen abweichende Gesetzgebung ermöglicht, durch oft schwindelhafte Kessame den Verkauf von Loosen zu betreiben, die in Preußen verboten sind.

Finanzminister Dr. v. Miquel: Das Staatslotterien auf dem Vertrieb in anderen Bundesstaaten eigenem sind, beweist die Faltung des Senats in Bremen. Der letzte eine Staatslotterie wie die Lübecker und Hamburger ab, weil seiner Ueberzeugung nach durch eine solche entweder die Bürger mit Loosen übermäßig überhäufelt werden müßten, oder aber der Vertrieb der Loose auch in Staaten betrieben werden müßte, die dies verboten. Dazu wolle er die Hand nicht bieten. Leider denken nicht alle Staaten so. Die Kontingentierung der Lotterie könnte als Maßstab in die Bevölkerungsziffer nehmen, dann würde eine Stabilisierung vermieden.

Herr v. Miquel hat hier die Mittheilung gemacht, daß die jüngst von der „Köln. Bzg.“ angeregte reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens vom Reichstanzler abgelehnt worden sei. Doch — wie lange ist Onkel Chlodwig noch am Leben? Wer weiß, ob nicht nach seinem amtlichen Tode der „Neue“ einlenkt? Uns soll es recht sein. Aber das Urtheil, welches Herr von Miquel fällt, wird uns unvergesslich bleiben. Der Tag, an welchem er es verkündete, war ein Tag des Hornes für unsere „Volkvertretung“, er war ein Tag der Genugthuung für den früheren Senat und die Sozialdemokratie Lübecks. Hier hat sich einmal ausnahmsweise gefunden: S. P. Q. L.

Lübeck und Nachbargebiete.

81. Januar. **Moderne Lohnsklaverei.** Ueber dieses zeitgemäße Thema wird morgen, Mittwoch Abend, Genosin Bieh aus Hamburg in der „Central-Halle“ in einer öffentlichen Versammlung reden. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Ein kritischer Tag erster Ordnung wird nach Herrn Professor Falb der 10. Februar sein. Wahrscheinlich wird es auch Nordlicht geben. — Abwarten!

„Sich mal sch“, einst eine stadtbekannt Persönlichkeit, ist nach Mittheilung der „Eisenb.-Bzg.“ am Sonnabend in Stettin gestorben. Der Name dieses Originals war Ernst Galle.

Risiko der Arbeit. Montag Vormittag verunglückten auf Koch's Werk zwei Arbeiter, Westendorf

D. „Eber“, Kapit. Krekenberg, ist am 28. Januar von Swansea nach Valencia abgegangen.
D. „Marie Louise“, Kapit. J. Rachtweh, ist am 29. Januar in Neval angekommen.

Sternkamm, Viehwart. Hamburg, 30. Januar.

Der Schweinehandel verlief nur träge. Angeführt wurden 400 Stück. Preise: Verlanbische, schwere 50-52 Mk., leichte 50-52 Mk., Gans 45-50 Mk. und Ferkel 50-52 Mk. pr. 100 Pfd.

Stadttheater. Auf das Mittwoch stattfindende Gastspiel des Herrn Max Grabe vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin als Hamlet in dem gleichnamigen Trauerspiel von W. Shakspeare weisen wir hierdurch nochmals hin.

Circus Varieté. Morgen, Mittwoch, wird zum ersten Male der neue, im großartigen Stil angelegte Carnevalsartige Spielplan über die Bühne gehen (siehe Inserat), worauf wir hierdurch aufmerksam machen.

und Wegmann. Die Verletzungen des Ersteren waren erheblicher Natur, sodass er sofort nach Hause geschafft werden musste. Auf der Werft sind Unfälle an der Tagesordnung, leider kommen sie nicht immer an's Tageslicht!

Petitionen pflegen dem deutschen Reichstage alljährlich in großer Zahl zuzugehen. Die Petitionskommission - welcher augenblicklich von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgeordneten Calwer, Rosenow, Zupauer und Schwarz angehören - hat deshalb stets Vorkauf zu thun. Das erste Verzeichnis der bisher eingegangenen Bittschriften weist nicht weniger als 3619 Nummern auf.

anwalt. Die mit vielen und offensichtlich wenig angelegten wissenschaftlichen Argumenten ausgerüstete Petition wird vielleicht dazu führen, die Kenderung des Paragraphen durchzuführen. Es wäre zu wünschen, daß mit ihm noch manches Andere aus unserem Strafrecht und vor Allem aus unserer Strafrechtsprechung verschwände, was an mittelalterliche, unwissenschaftliche Vorurtheile und Verdamnungsgelüste gemahnt.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 9. bis 15. Januar 1899 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 21, davon 8 Dampfer und 13 Segelschiffe, 304 Beschädigungen, davon 119 Dampfer und 85 Segelschiffe, zusammen 225.

Gadebusch. Vom ambulanten Gerichtsstand der Presse. Das hiesige Schöffengericht hat sich unter ganz bestimmter Verwerfung des ambulanten Gerichtsstandes in der Privatklagesache des Grafen Wassewitz-Wehr zu Ligny gegen den Verantwortlichen der „Mittl. Volksztg.“, Genossen Starosson-Rosch, für unzuständig erklärt.

Schwerin. Die hiesigen Milchhändler waren zu einer täglichen Abgabe von 30 Pfg. herangezogen, weil ihr Handel als Hausierhandel angesehen wurde. Sie wendeten sich daher mit einer Beschwerde an das Ministerium. Nach jezt ergangener Antwort ist die Beschwerde als begründet erachtet und der Magistrat angewiesen, die bereits gezahlten Gelder zurück zu erstatten.

P. P.

Einem geehrten Publikum von Lübeck die ergebene Mittheilung, daß ich das Grundstück Hürterdamm 10 käuflich übernommen

und darin eine Tabak-, Cigarren- und Cigarettenhandlung eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, nur gut abgelagerte Waare zu soliden Preisen zu liefern und bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Heinrich Reineke.

Lübeck, den 31. Januar 1899.

Inventur-Ausverkauf zu wirklich enorm billigen Preisen.

Unterhosen und Jacken von 50 Pfg. an, Oberhemden Mk. 2.25, ein großer Posten sehr starke Zwirn-Jackets, sowie blaue Pilot- und Englisch-Lederhosen von Mk. 1.00 an.

Sämmtliche noch vorhandenen Waaren aus der Filiale unter Einkaufspreis.

Carl Herm. Mich. Stave

Weiter Kraumbuden 4, zwischen Markt und Marienkirche. Gegründet 1821.

Öffentliche

Volks-Versammlung am Mittwoch den 1. Februar 1899

Abends 8 1/2 Uhr in den Centralhallen, Dankwartsgrube.

Tags-Ordnung: Moderne Lohnflaverei.

Referentin: Frau Zietz-Hamburg.

Diskussion. Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Einberufer.

Die Weberei von W. C. Kelling (früher: F. J. W. Hopp) 5 Gr. Bauhof Lübeck Ecke der Effengr.

empfiehlt ihre gutgewebten Betts, Tisch- u. Leinwandzeuge, sowie doppelt gereinigte Daunennetze und Bettfedern zu concurrenzfähigen Preisen.

Heringe u. Anchovis Essig u. Essigsprit in Gebinden jeder Größe für Webereiverkäufer empfiehlt

H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge, Fischergarben 61. Fernsprecher 217.

Frische Flohmen per Pfd. 50 Pfg. Adolf Steffen, Breitestraße 38.

M. Mathiesen, Gutmacher wohnt Kl. Altesfähre 21.

Grosse Auction! Sonnabend d. 4. Febr., Morg. 9 Uhr, 44 Beddergrube 44

soll das gesammte Wirtschaftszubehör des Herrn Otto Gennburg öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden, sowie ein Franz-Büchard mit Zubehör, ca. 150 Wiener Stühle, 40 Eisenstühle, 5 große Pfeilerstühle, ca. 120 Bierfeldel mit und ohne Deckel, ferner Lehnstühle, Wiener Bänke, Sofas, 1 Roultoppant, 1 Tischgarnitur, 4 Stühle, 1 Sofa mit 4 Stühlen, 12 grüne Bänke u. v. a. m.

J. C. B. Schmohl

Auctionator u. Taxator.

Empfehlungs-Karten liefert prompt und sauber Die Druckerei des Lüb. Volksboten. Johannstraße 50.

Gulasch jeden Mittwoch empfiehlt E. Möhl, Regidienstraße 8.

Achtung Löpfer! Am Mittwoch den 1. Februar 1899

Abends 8 Uhr Versammlung im Vereinshaus, Johannstraße 50.

Tags-Ordnung: Stellungnahme zum Bauarbeiter-Congress.

Das Erscheinen sämmtlicher Collegen ist notwendig.

Der Vorstand.



Mitglieder-Versammlung am Donnerstag den 2. Februar im Vereinshaus, Johannstraße 50.

Otto Gennburg's Concert-Halle. Heute Dienstag: Letzte grosse

Musik-Unterhaltung.

Wegen Verkauf meines Lokals bleibt dasselbe vom 1. Februar bis auf Weiteres geschlossen.

Circus Variété Mittwoch den 1. Februar, 7 1/2 Uhr. Wieder-Öffnung.

Der höchst originelle Carnevals-Spielplan. Nur komische Programmnummern. Lachen, lachen und immer wieder lachen.

Miss Fatima das weibliche Unitum, unwiderstehlich nur 3 tages Gastspiel. (Auf der Durchreise.)

Arco und Piva, die selbsttänze Colossal-Dame. Amalie Castelly, die beliebte Liebersängerin.

Paolo und Ricardy, das Lollste vom Lollen. Emmy Leischner, die deutsche Nyctea Guilbert.

Mr. Harry, Gentleman Musical-Clown. Geschwister Georgi, Burlesque-Quintetten.

Dazu die übrigen urkomischen Specialitäten. Billets bis 6 Uhr im Vorverkauf bei Herrn Sager ermäßigt.

Stadttheater in Lübeck. Mittwoch den 1. Februar. Auser Ab. 2. Gastspiel von Herrn Max Grabe.

Hamlet. Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. Shakspeare. Hamlet - Herr Grabe a. G. Donnerstag den 2. Februar.

Fra Diavolo. Komische Oper in 3 Akten von Auber.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diezeitigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einläufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Montag Mittag starb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, der Bürstenmacher Johann Franck im 80. Lebensjahre. Tief betrauert von mir und allen Angehörigen. Johann Franck, geb. Meyer. Die Beerdigung findet am Donnerstag den 2. Februar, Morgens 10 Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt. Beginn der Trauerfeier 9 1/4 Uhr.

Nachruf.

Am 30. d. M. verstarb unser Mitglied, der Bürstenmacher J. Franck.

Seine feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag den 2. Febr., Vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Die Theilnehmer wollen sich bis 9 1/2 Uhr bei F. Leete versammeln. Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Lübeck des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Danksagung.

Für die uns bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters u. Schwiegervaters so zahlreich erwiesene Theilnahme sagen wir allen Bekannten, insbesondere dem Herrn Pastor Trummer, der Corporation der Kornträger, sowie seinen Mitarbeitern unseren tiefgefühltesten Dank. Frau A. Fick und Kinder.

Danksagung.

Allen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen, sowie für die reichen Kranzsenden, insbesondere sämmtlichen Arbeitern der Genossenschaftsbäckerei und allen Freunden und Bekannten für die hülfreiche Unterstützung, die mir zu Theil geworden, meinen herzlichsten Dank. H. Strack Wwe.

Zu verm. eine Barterre-Stube zum 1. Februar Ludwigsstraße 58.

Freundlich möbliertes Zimmer sowie gutes Mittagstisch Wrage's Restaurant, Genterstraße.

Von heute an Großer Inventur-Ausverkauf. Trotz aller billigen Preise gebe während dieser Zeit noch

10 Procent Rabatt. „Zum billigen Laden“ 26 Hügelstraße 26. Bitte unser Schaufenster zu beachten.

G. Koch, Barbier- u. Friseursalon Mühlenstraße 5.

ur Nachahmung empfohlen!

Zum 200 jährigen Jubiläum des Fürstenthums Liechtenstein werden die nachfolgenden heiteren und lehrreichen Mittheilungen aus der Geschichte dieses Staates und über das Verhältnis zwischen den Liechtensteinern und ihren Fürsten manchen Leser interessieren: Die Großen der Hauptstadt Vaduz wählten schon 1816 eine Deputation an den Fürsten Johann I. und sagten ihm mit aeder- und freibürgerlicher Offenheit, daß sie zwar nichts dagegegen hätten, sich von ihm regieren zu lassen, aber nicht auch dafür bezahlen wollten, zumal da er, der Fürst, sehr reich sei. Auch möchten sie die 50 Mann und den Trommler — der Fürst war verpflichtet, diese zur Bundesarmee zu stellen — lieber zu Hause behalten, weil sie hier besser gebraucht werden könnten bei der Arbeit, als in dem Soldatenthum, das Geld koste und nichts thue.

Seine hochfürstliche Durchlaucht war ein außerordentlich reich, aber auch ein sehr braver Mann und sagte: „Liebe Kinder, ich brauch' Euer Geld nicht und will gern umsonst regieren. Auch will ich Euch die 50 Mann und den Trommler lassen und sie mir aus meiner Tasche anderweit für die Bundesarmee beschaffen.“

Der Fürst ließ von nun an gegen Entschädigung die 50 Mann und den Trommler von Oesterreich besorgen und regierte ohne Honorar. So ging's friedlich, freundschaftlich und steuerfrei fort bis 1836, als Fürst Alois I. den Thron seiner Väter bestieg in der Haupt- und Residenzstadt Vaduz. Die Eingeborenen von Vaduz ließen sich's bei dieser Gelegenheit etwas kosten und bauten eine Ehrenpforte, illuminierten und brannten für mehrere Gulden Feuerwerk ab. Hinterher reckten aber die Weisesten die Köpfe zusammen, nachdem sie dieselben vorher nachdenklich geschüttelt hatten, und huben an miteinander so zu reden: „Unser erhabener Monarch regiert uns ganz unentgeltlich; das ist wahr, aber Ihr habt gesehen, Kinder, daß er uns doch noch immer manchen schönen Groschen kostet. Wir haben die Ehrenpforten gemacht, haben ein Feuerwerk abgebrannt, haben überhaupt bei den jeweiligen Besuchen Seiner Durchlaucht, bei Jagden und anderen hochfürstlichen Vergnügungen doch nicht unbedeutende Ausgaben, die uns geniren, versäumen dabei Zeit und werden dadurch an Geschäft und Gewerbe geschädigt! Also haben wir's immer noch nicht umsonst. Jedenfalls macht's ihm aber Vergnügen, uns zu regieren. Dies hat einen großen Werth für ihn und er hat Geld. Stellen wir ihn einmal die Sache ordentlich vor.“

Und so wählten die Eingeborenen von Vaduz die weitesten und angesehensten Bürger zu einer Deputation aus und entbanden diese vor die Stufen des Thrones. Hier brachten sie ihre drückende Beschwerde, daß ihnen der unentgeltlich regierende Fürst doch noch Kosten verursache und daß er sie für sein Vergnügen, sie zu regieren, entschädigen möchte, mit solchem Nachdruck zur Sprache, daß der gute Monarch ordentlich gerührt ward und Entschädigung versprach. Sie wurden mit ihm über eine jährliche Entschädigungssumme handelsseins und er bezahlte sie mit musterhafter Pünktlichkeit.

Damit hatten's die Liechtensteiner zu einer politischen Stellung gebracht, die weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart der Welt ihres Gleichen findet. Statt

ihre Regierung zu bezahlen, hatten sie dieselbe nicht nur umsonst, sondern wurden auch noch dafür entschädigt, daß sie sich regieren ließen. Weiter konnten sie's doch unmöglich bringen. O doch! Wer blonde Haare hat, will sie auch noch gekämmt haben, sagt ein Sprichwort. Fürst Johann II. von Liechtenstein sagte eines schönen Morgens zu sich selbst: „Da ich nicht nur keine Zivilliste beziehe, sondern für meine Arbeit meine Unterthanen sogar auch noch entschädige, darf ich mir doch wohl auch die Freiheit nehmen, wenigstens nach meinem Geschmack und wo ich will, zu leben. Diese meine Haupt- und Residenzstadt Vaduz ist sehr langweilig. Ich habe Geld genug und will damit in der Kaiserstadt Wien leben.“ Fürst Johann II. zieht also nach Wien, baut sich einen prachtvollen Palast und lebt herrlich und in Freuden darin. Das Regieren und die Entschädigung dafür besorgte er persönlich und durch einen Minister. Aber da steckten die Liechtensteiner in Vaduz wieder die Köpfe zusammen, und sprachen zu einander: „Wir müssen eine Deputation erwählen, nach Wien schicken und unserem Allergnädigsten unsere Beschwerde vortragen.“

So war eines schönen Morgens der Fürst kaum aus dem Bette, als sich ein Duzend der höchsten Vaduzer anmelden ließ. Sie wurden alle zwölf vorgelassen und sprachen nach Abmachung gehobriger Kräfte des Inhalts zu ihrem allergnädigsten Landesvater: „Wir bezahlen nichts an Eurer Durchlaucht fürs Regieren, im Gegentheil Eurer Durchlaucht entschädigen uns dafür, daß wir uns regieren lassen. Das ist ausgezeichnet. Aber Euer Durchlaucht haben heidenmäßig viel Geld und lassen halt viel drausgehen hier in Wien, sodas uns aller Verdienst dabei entzogen wird. Wir bitten daher Euer Durchlaucht, wenigstens alle Jahre sechs Monate in unserem lieben Vaduz zu leben, wobei wir zwar immer noch viel Geld einbüßen, aber das wollen wir nicht so genau nehmen. Schenken Sie uns also gefälligst wenigstens Ihre halbe Gegenwart und eine kleine Zugabe, nämlich eine Konstitution.“ Fürst Johann II. bewilligte auch dies und gab eine Konstitution zu, nach welcher die Liechtensteiner fünfzehn Abgeordnete zu wählen hatten, die vom Fürsten ebenfalls bezahlt wurden.

Soziales und Partei-Leben.

Die diesjährige Landeskonferenz der Sozialdemokraten Sachsens ist von der Landtagsfraktion auf den 4. und 5. April nach Grimnitzschau einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. A. die Organisationsfrage, die bevorstehende Landtagswahlen und die Gemeinderaths-Wahlen.

Halle. Der Streik der Zuckerraffinerie-Arbeiter hat erheblich an Umfang zugenommen. Die Zahl der Streikenden ist auf 300 gestiegen, darunter befinden sich 80 Arbeiterinnen. Um die Arbeiterinnen von ihrem Verhalten abzubringen, hatte die Firma ein sonderbares Mittel angewandt. Man hatte, als die Arbeiterinnen die Absicht bekundeten, die Fabrik zu verlassen, den Garderobesaal abgeschlossen. Dieses merkwürdige, durchaus ungesegnete Gebahren hat aber die Arbeiterinnen von ihrem Entschluß nicht abbringen können. Mittags mußten ihnen wohl oder übel die Kleider ausgefolgt werden und Nachmittags stellten sich von den annähernd 120 Mädchen nur etwa 20—25 Mädchen zur Arbeit ein.

Verschwinden ist nach der „Sächs. Arb.-Btg.“ seit dem 10. Januar der Vertrauensmann der Zöpferorganisation des Plauen'schen Grundes, Oskar Walthert, mit sämmtlichen ihm anvertrauten Weibern.

In Basel streiten die Raminfegergehilfen, weil ihnen die gestellten Forderungen von den Meistern nicht bewilligt wurden.

Die Gravure und Guldgraveure in Chaugbesond's erzielten auf friedlichem Wege eine Lohnerhöhung von 10 pCt., worauf die Fabrikanten den Preis für Silbergravuren um 15 pCt. erhöhten und bei den Uhrenfabrikanten auch anstandslos durchsetzten. Die Herren profitieren also noch 5 pCt. von der Lohnbewegung ihrer Arbeiter.

Ein allgemeiner Ausstand der Berliner Formner steht in Aussicht. Die Berliner Eisenformer haben 1897 einen monatelangen Krieg gegen die im Verband der Berliner Metallindustriellen vereinigten Gießereibesitzer geführt, der vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts sein Ende erreichte. Eine Bestimmung der Friedensverhandlungen besagte, daß der sogenannte Ausschuß den Formnern ohne Abzug angerechnet werden soll. Jetzt sind wegen dieser Einrichtung in verschiedenen Werkstätten Differenzen entstanden. Wie in der letzten allgemeinen Formner-Versammlung ausgeführt wurde, werden die Arbeiter bei manchen Firmen mit Entlassung bedroht, welche die Bezahlung des Ausschusses verlangen. Bei einer Firma soll die Entlassung einer Formnerkolonne demnächst bevorstehen. Das würde das Signal zu einem Ausstand der Formner geben, dem die Gießereibesitzer mit einer Schließung ihrer Betriebe auf Zeit begegnen wollen. Die Situation in der Berliner Metallindustrie ist jedenfalls wieder eine sehr ernste.

Die Boykottierung des „Berliner Lokalanzeigers“ wurde in der am Freitag stattgehabten Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission gutgeheißen und soll auch über Berlin hinaus auf die anderen Zeugnisse des Scherl'schen Verlages ausgedehnt werden. Gewerkschaftssekretär Müllerg erklärte, daß bereits geeignete Maßnahmen getroffen seien, durch den „Arbeitsmarkt“ dem „Lokalanzeiger“ die Inserenten abwendig zu machen. Die Versammlung schloß mit der Annahme folgender Resolution: „Die Berliner Gewerkschaftskommission schließt sich vollständig den Beschlüssen der Volksversammlung vom 22. d. M. bezüglich des „Lokalanzeigers“ an und fordert alle Gewerkschaftskartelle Deutschlands auf, zur Bekannntgabe der Praktiken des Blattes aller Orten zu sorgen und daraus die geeigneten Konsequenzen zu ziehen.“

Der Verband der Berg- und Hüttenarbeiter beruft seine Generalversammlung am 1. April nach Halle ein. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl des Bureaus und der Kommissionen. 2. Bericht des Vorstandes über den Stand des Verbandes. 3. Bericht der Kontrollkommission. 4. Der Stand unserer Presse. 5. Der Ausbau des Verbandes. a) Auszahlung eines Sterbegeldes; b) Festsetzung der Agitationsbezirke. 6. Der deutsche Gewerkschaftskongreß. 7. Neuwahl des Vorstandes, der Preisleitung und Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Zu dem Streik der Herrenschneiderinnen in Kopenhagen sowie in einem nun drohenden Lohnkampf der Schneidergesellen stellt sich be-

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„So ist es brav, mein Freund“, sagte Bianka mit einem dankbaren Blick, indem sie sich erhob und ihren dunklen Kopf an seine Brust lehnte. „Sagen Sie mir, schwören Sie mir, daß Sie sich nicht nur in meine Waden verliebt haben — Sie sind übrigens falsch, lieber Freund! — sagen Sie, daß Sie mit Ihrem Scharfblick etwas anderes hinter meiner Maske zu entdecken glaubten, sagen Sie mir einige dumme Phrasen: Ich sei Ihnen ein schönes Räthsel oder . . . irgend so etwas Gutes. Lügen Sie, schwören sie falsch; aber sehen Sie mich mit Ihren ehrlichen Augen dabei an, und ich will es glauben; denn ich bin sehr betrübt und will getröstet sein.“

Er löste ihr den Federhut vom Kopfe, streichelte ihr schwarzes Haar und that ihr den Gefallen, sie mit schmeichelnden Redensarten zu trösten. Er that es gern, denn ihr Wesen rührte ihn — und außerdem war es eine gute Übung in der Civilisation für ihn.

„Ich habe Kopfschmerzen, lieber Freund, meine garstige Neuralgie. Thun Sie mir etwas Eau de Cologne auf die Stirn und pusten Sie dann so — ja? Seien Sie so gut!“ Sie warf den Degen zu dem Federhut auf das Klavier, streckte sich dann auf die Chaiselongue aus und schloß die Augen.

Rudolf holte gehorjam den Berstäuber herbei, strich sorgsam mit einer Hand die gebräunten Locken von ihrer Stirn zurück und besprengte sie mit dem duftenden Wasser von Gegenüber dem Füllischplatz. Dann beugte er sich über sie und pustete leise darüber hin. Er hatte jetzt Mitleid, dies Gesicht ganz aus der Nähe zu studiren. Mit geschlossenen Augen sei es eigentlich nicht schön — sagte er sich. Die Wadenknochen waren allzu vorspringend, der Mund zu groß, die Nase nicht schmal und lang genug und die Augen etwas

weit auseinanderliegend. Und ohne daß er es wußte und wollte, zauberte seine erregte Einbildungskraft ein anderes Frauenantlitz an diese Stelle, das keinen von all diesen Mängeln aufwies, das in ebenmäßiger, tadelloser Zartheit und Schönheit ihm einst gelächelt hatte und ihn seither Tag und Nacht mit dem Zauber schmerzlichen Erinnerens gefangen hielt. Ja, er sah Asta von Verrens stolzes Haupt hier vor sich, nur eine Spanne weit von seinen durstenden Lippen, in das weiche Rissen gebettet und er beugte sich tiefer herab. Da legten sich zwei weiche Arme um seinen Hals, heiße, volle Lippen suchten die seinigen und hesteten sich zu langem Kusse darauf. Er schloß es an dem raschen Schlägen ihres Herzens, daß sie glücklich war in seiner Umarmung, und er schämte sich, daß er sie betrog — und preßte sie wilder an sich, um sich selbst zu belügen, um zu vergessen, daß es nicht dieser schöne Leib war, den seine Seele liebte.

Sie drückte ihn sanft von sich und sah ihm mit wehmüthigem Lächeln ins Auge. „O, mein Freund, wenn Du mich so liebst, warum sagst Du mir es nicht?“ fragte sie mit ihrer weichen Stimme, der eigenthümlich schmeichelnden, fremdartigen Betonung. Ach, ihre Augen waren wunderschön! Sie schienen Rudolf so wissend, so strafend und doch vergehentlich anzuleuchten. Er ließ sich vor ihrem Lager auf die Kniee gleiten und stammelte: „Mein gnädiges Fräulein — ich weiß nicht — wie ich es verdiene . . . ich . . .“ Und sie streichelte ihm die rothen Wangen und lachte: „Mürrischer Mensch, wenn Dir ein Mädchen einen so schönen Kuss gegeben hat, dann sagst Du nicht mehr „gnädiges Fräulein“ zu ihm! Und nun nehmen Sie sich einen Stuhl und hören Sie mir zu, Herr von Eardt, ich will Ihnen erzählen. Stecken Sie sich eine Cigarre an und geben Sie mir die Pappros — die Geschichte wird lang.“

Er brachte die Cigarette und zündete sich selbst eine seiner eignen Cigarren an. Und Bianka Grigori rauchte, stützte den Kopf auf den linken Ellenbogen und sprach: „Wenn Sie wissen wollen, warum ich gerade Sie einer Gunst gewürdigt, deren sich bisher noch keiner meiner Verehrer zu

rühmen hatte, so muß ich Ihnen meine wahre Geschichte erzählen. Sie sind ein Mann, der nicht ansieht, als ob er Geheimnisse in der Stadt herumtrüge. Was ich Ihnen erzählen will, muß unser Geheimniß bleiben, lieber Freund; versprechen Sie mir das?“

„Ich verspreche es.“

„Gut. Ich heiße eigentlich Adriane Grigorescu. Meine Mutter war eine sehr vornehme ungarische Gräfin, mein Vater entstammte einer der ältesten Familien Rumäniens. Er zeichnete sich schon fröhe im Staatsdienst aus und schien eine große politische Zukunft zu haben. Entgegengesetzte Parteeinflüsse drängten ihn aus seiner Stellung und er ging nach Serbien, wo er bald zu hohem Ansehen gelangte und endlich gar erster Minister wurde. Meine Mutter starb kurz bevor der Vater sein Portefeuille erhielt. Ich war die einzige Tochter, sehr verwöhnt und verzogen, Erbin eines ansehnlichen Vermögens. In einer der exklusivsten Schweizer Pensionen sollte ich mir das Ganze der modernen Bildung aneignen. Außer den zahlreichen Sprachen habe ich nicht viel dort gelernt, denn ich war faul und sehr eingebildet. Ich war immer sehr selbständig gewesen, hatte mir von Kind auf über alle Dinge meine eigenen Gedanken gemacht, verachtete vieles von dem nach Gebühr, was jungen Mädchen sonst als etwas Kostbares im Kopfe steckt — ich verehrte nur meinen Vater, obwohl er sich nur wenig und dann immer etwas von oben herab mit mir beschäftigte, und die Musik. Ich war sehr ehrgeizig, ich wollte einst eine große Rolle spielen in der Gesellschaft; meine vornehme Herkunft, mein Talent, mein besonderes Wesen, das ich wohl der eigenthümlichen Mischung des Blutes verdankte — Sie sehen, ich war niemals naiv; ich beobachtete mich selbst durch ein scharfes Glas und rechnete mit dem, was ich in mir Besonderes entdeckte! — Alles sollte mir helfen, mich über das gewöhnliche Frauenmittelmaß hinauszuhoben. An euch Männer dachte ich nie anders, als an meine Puppen, mit denen ich spielen und die ich dann in die Ecke werfen wollte, wenn sie mich nicht mehr amüsirten. — Alles, was mein Herz an Härlichkeit tief in sich verschloß,

achtenswerther Weise die bürgerlich-liberale Presse ebenfalls auf die Seite der Arbeiter! Ein Blatt wie „Nationaltidende“ schreibt z. B.: „Es wird sicher allmählich für die großen Arbeitgeber unmöglich werden, Personen oder Parteien in diesen Kämpfen auf ihre Seite zu bekommen, wenn auf der einen Seite die Arbeit und die Armuth und auf der anderen das Geld und der sich stets mehrende Gewinn stehen.“

Wegen einer Lohnforderung vom Gutbesitzer getödtet. Ein Verbrechen, das die Landflucht der Arbeiter nur zu begreiflich macht, kam vor dem Schwurgericht Dresden zu gelinder Urtheilung. — Ein Gutbesitzer Lehmann in Gultz nahm im August v. J. einen verheiratheten Erntearbeiter Hommel aus vier Wochen in Arbeit. Schon nach 14 Tagen kam es über auf dem Felde zwischen beiden zu Differenzen, weil H. angeblich nicht genügend gearbeitet hatte. „Du sauler Lump“, fuhr in der Gutbesitzer an, indem er ihn auch seiner Wege gehen ließ. H. packte zu Mittag auch seine Sachen, um zu gehen, wollte aber erst seinen verdienten Lohn haben. Dieser wurde ihm ohne triftigen Grund vorenthalten. Der Arbeiter wandte sich sofort an den Gemeindevorstand und das nächste Amtsgericht um Rath. Dort sagte man ihm, er solle nochmals versuchen den Lohn in Gulte zu erlangen. Das that H., nahm er noch denselben Tag hinging, und den Gutbesitzer auch im Pferdebestall mit der Mistgabel in der Hand anfas. Auch jetzt bekam H. den Lohn nicht. „Mache, daß Du raus kommst, sonst schmeiße ich Dich raus“, hieß es. Außerdem wurde ihm mit Klage wegen Hausfriedensbruchs gedroht. „Ich gehe sofort, wenn ich mein Geld habe“, erwiderte der Mahner. Nunmehr kam es zu erstem Wortstreit, wobei der Gutbesitzer den Arbeiter erst mit einer starken Gabelstiel in's Gesicht schlug und ihm dann die Düngergabel selbst in den Kopf durch den Schädelknochen stieß. Zwei Tage darauf starb der Arbeiter an den Verletzungen. Der Angeklagte bestritt jede Schuld (!), der Arbeiter sei betrunken gewesen und selbst in die Gabel hineingelaufen. Sehr kennzeichnend ist es, daß der Angeklagte einen Belastungszeugen ganz grundlos wegen Brandstiftung und wegen sozialdemokratischer Gesinnung denunziert hat. Die Verweigerung ergab äußerst gravirende Momente. Die Geschworenen erkannten auf jahrelängige, nicht nach der Anklage auf vorläufige Fällung. Die Strafe kam mit zwei Jahren Gefängnis davon.

Parteilitteratur. Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist eine neue Agitationsschrift von Max Schippel „Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter“ erschienen (Einzelpreis 25 Pf.), die speziell der Agitation für die Gewerkschaften gewidmet ist. Die erste Auflage ist bereits durch Vorausbestellungen vergriffen, eine zweite Auflage wird in wenigen Tagen erscheinen.

Gehausucht wurde in den Zeitungslokalitäten unseres Brauburger Parteiblattes. Der Potsdamer Staatsanwalt ließ nach Zeitungen und Manuskript suchen, in welchem eine Verleumdung des bekannten Magdeburger Landgerichtsdirektors Fromme enthalten sein soll. Manuskript wurde selbsterklärend nicht gefunden.

Was Jack und Fern.

Kleine Chronik. Des Hals durchschnitten hat sich am Sonnabend ein Dienstmädchen Klara Ritscher in Berlin. — Von einem Straßenbahnwagen todtgefahren worden ist am Freitag eine Stiftdame zu Schneberg. — Eine seltsame Ueberraschung wurde vor einigen Monaten den Beamten eines Magdeburger Krankenhauses bereitet, als sie im Begriff waren, eine Leiche einzufahren. Sie fanden nämlich den Sarg vollgepackt mit hunderten von nicht be-

gab ich einem Mädchen hin, einer Mitschülerin, in meinem Alter. Sie war eine preussische Offizierstochter, schön aber kühl und hart, wie diese abentheuerlichen, norddeutschen Weine, die man erst auf Eis legen muß, wenn sie die Zunge betrogen sollen! Sie war die beste Schülerin, ein ausgezeichnete Lernkopf, ich in vielen Fächern die schlechteste; und dennoch zogen wir uns von Anfang an gegenseitig an, obwohl wir uns noch mißtrauisch beobachteten und zurückhielten. Eines Tages aber fanden wir uns — ich weiß es noch wie heute: eine hübsche, aristokratische Engländerin, eine dumme Gans mit blondem Haar und sehr großen, weißen Schneidezähnen, lief mit unserem Zeichenlehrer, einem langhaarigen deutschen Giel, davon. Der Skandal regte natürlich die ganze Pension furchtbar auf — wir beide, die Norddeutsche und ich, wechselten auch ein paar Worte darüber. Dabei kam die Uebereinstimmung unserer Anschauungen heraus — und von dem Tage an schlossen wir einander fest ins Herz und blieben unzertrennlich wie junge Ehelente. Aber verzeihen Sie, was geht Sie diese Mädchenfreundschaft an. Ich wollte ja etwas ganz anderes erzählen. Bitte geben Sie mir noch etwas Feuer — danke! Und jetzt drehen Sie mir den Rücken zu, ich kann Ihr Gesicht nicht sehen bei dem, was ich Ihnen jetzt vertrauen will.“

Sie that noch einen Zug an ihrer Cigarette, ließ langsam den Rauch aus dem wenig geöffneten Munde hervorkommen und dann warf sie das Papierröllchen in den Aschbecher. Ein Zittern durchlief ihren schlanken Körper, sie legte die Hände vor das Gesicht, wie wenn sie sich dadurch noch mehr verbergen könnte vor dem abgewandten Lauschenden. Und dann begann sie wieder: „Geh ich noch die Schule ganz durchgemacht hatte, rief mich ein Brief meines Vaters nach Hause. Eine äußerst glänzende Heirath stand für mich in Aussicht. Ich kam voller Erwartung an, denn ich war natürlich höchst begierig, meinen ersten Freier kennen zu lernen, der sich wahrscheinlich durchaus romantisch in mein Bild verliebt hatte. Mein Vater gefiel mir gar nicht. Er war in

stellten Druckachen etc., welche der Privatbriefbesorger „Conter“ anvertraut worden waren. Des Rathfels Wohnung war leicht, denn der betheiligte Sarattischer war der Vater eines Conterboten. Das Landgericht verurtheilte dieser Tage den ausgezeichneten Deutschen, der sein Verhalten mit Arbeitserbahrung zu entschuldigen suchte, wegen Unkundenfälligkeit zu zwei Wochen Gefängnis. — In Halle a. S. ist die große Wagnerfabrik von G. Lindner niedergebrannt. Menschen sind dabei nicht zu Schaden gekommen. — Wegen nichtiger Verurtheilungen, die er im Vorjahr begangen hatte, hat sich der Schuppmann Langer in D. (Sachsen) auf der Polizeiwache erschossen.

Als das dritte Mal ein Infanterieregiment in Warschau im Saal von Sawa den Geburtstags des deutschen Kaisers feierlich beging, so trat sich während der Theateraufführung der Saal, die Stützen und Balken stießen auf die Zuschauer; es entstand eine große Panik. Erhebliche Verletzungen sind dabei vorgekommen. Von einer gewaltthätigen Entführung wird der „West. Bg.“ aus Belgischhütte gemeldet: Am Mittwoch wurde die 14jährige Tochter des Reichthumsbesitzer Kroschinsky von einem fremden Mann in einem gedeckten Wagen nach Mähland entführt. Das Mädchen, welches sich in der Schule befand, wurde von dem Fremden unter der Verhinderung, es solle sofort nach Hause kommen, in den Wagen gelockt. Das Mädchen soll nun gegen Hinterlegung eines Lösegeldes von 7000 Mark freigegeben werden. Der Entführer wurde bereits in der Person eines gewissen Bruno Meißel aus Watten L. S. ermittelt und festgenommen. Er bekennt sich schuldig nach seiner Angabe befindet sich das Mädchen in Prag, nach anderer Mittheilung in Coeswiler (Mähland).

Dynamit-Explosion. In Altheim (Regierungs-Bezirk Neuberg) fand Donnerstag Morgen gegen 1/2 Uhr eine gewaltige Explosion statt, welche mehrere Personen tödtete. Es stellte sich heraus, daß das Dynamitmagazin, welches die Königlich-Preussische Provinzialverwaltung für die Herstellung der Eisenbahn-Verbindungsarbeiten zwischen den Stationen Sprengarbeiten unterhält, in die Luft geflogen war. Wie die Explosion zu Stande gekommen, ist noch ein Räthsel, da der Schichtmeister, welcher gerade Dynamit herangeführt hatte, in Folge der Explosion tödtlich verletzt wurde. Der russische Student Erich von Samsonow, welcher die „Echo der Gegenwart“ meldet, auf den Reichthumskandidaten in Wachen in dessen Amtshaus einen Revolver schickte, durch welchen Branden schwer verletzt wurde. Einem zweiten Schuß entging sich Samsonow selbst. Branden hatte Samsonow wegen Verleumdung angeklagt. Samsonow wurde jedoch als unzurechnungsfähig freigesprochen. Samsonow hat die That anerkennend in einem Anlasse von Selbstgespräch verübt. Zwei holländische Deserteure, die gemeinsam einen Doppelaufbruch ausgeführt hatten, wurden in dem preussischen Grenzort Schwarzenberg aufgefaßt. Als die beiden, verfolgt von den preussischen Beamten, über die Grenze zurückfliehen, wurden sie von holländischen Aufsehern in Empfang genommen. In Mammolshain bei Kronberg explodirte dem „Rheinischen Anzeiger“ zufolge Freitag früh vorzeitig ein Salpätrevier. Ein gewisser Georg Fuchs wurde dadurch getödtet. Das Schwurgericht in Peilbroun verurtheilte den Rechtsanwalt Mohr wegen Mordthat zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. — In B. wurde erschossen sich der Majorleutnant Graf von der B. Kompanie des 90. Inf. Reg. Graf hatte sich krank gemeldet, war aber vom Stabsarzt für dienstunfähig erklärt worden, was ihn wohl zur Verzweiflungselbst getödtet haben mag.

Wegen epidemischer Krankheiten wurden sämtliche Volksschulen in Krakau geschlossen. In Budapest hat sich der ehemalige Oberleutnant Jul. von Poser, welcher sich wegen Wechsellagerung in Unternehmungshaft befand, erschossen. — Altentat im Kloster. Im Finster-Kloster zu Keresztény (Ungarn) verübte kürzlich ein junges Mädchen, Namens Elise Szeleky, ein Altentat gegen einen jungen Klosterbruder, indem sie gegen ihn aus einem Revolver mehrere Schüsse abfeuerte. Eine der Kugeln drang dem Geschickten in die rechte Waage und zermetterte den Vorderarm. Nach Verheilung der Wunde erlitt das Mädchen in die Klosterkirche, schickte auf die Kanzel und sprach, als man sich ihrer bemächtigen wollte, mehrere Meter tief auf die Steinfliesen herab, ohne sich jedoch zu verletzen. Erst dann konnte sie festgenommen und der Staatsanwaltschaft eingeliefert werden. Der Zustand des jungen Geistlichen ist besorgniserregend. — Der Einsiedler mit dem Sparkassenbuch. Das „Zusbruder Amtsblatt“ veröffentlicht eine Kundmachung des Landgerichtes, daß dem Einsiedler am Marienhilf-Berg bei Brizlega, Johann Wildauer, das Sparkassenbuch mit einer Einlage von 1043 M. 52 Kr. in Verlust gerathen ist. Ein Einsiedler mit einem Sparkassenbuch — wie romantisch und modern zugleich! — Eine seltenerliche Vora, die mit soloffalem Schneekrum verbunden ist, herrichte im Rastgebiet. Mehrere Personen wurden im Gebirge vom Schneesturm überrascht und erstoren. — Von einer Lawine begraben. Ein 47jähriger Bauernknecht in Waimberg bei Lieng fuhr Freitag früh in den Bannwald nach Holz. Knecht und Pferd wurden von einer Lawine fünfzig Meter herabgeschleudert und begraben. Die Leiche wurde

einer beständigen Aufregung, bald unnatürlich lustig, bald seltsam in sich gefehrt, wie geistesabwesend. Er erklärte mir seinen Zustand mit politischen Aufregungen und äußerte die Absicht, bald seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachzusuchen. Er gab ein glänzendes Fest nach dem andern mir zu Ehren — aber wenn ich ihn fragte, wer denn nun von all den vornehmeren Gästen mein Bewerker sei, lachte er nur und sagte, ich solle nur raten und mich gedulden. Der Fürst war ihm wohl gewogen und erschien öfters bei unseren Festen. Bald aber fiel es mir auf, daß aus dem Kreise der höheren Beamten und der angesehensten Familien die Absagen sich immer mehrten. Ich ahnte etwas Schreckliches; ich spürte meinem Vater nach auf Tritt und Schritt — und bemerkte, daß ein junger Mann, der Sohn eines Wiener Finanzbarons ersten Ranges, öfters und zwar außerhalb seiner Dienststunden zu ihm kam, und daß er sich nach diesen Besuchen meist lange einschloß und später in ganz gedrückter Stimmung zu sein pflegte. Und dann kam der Tag, an welchem er mir eröffnete, daß jener junge Orientaler sich um meine Hand bewerbe, und daß ich sie annehmen müsse, wenn ich ihn nicht zu Grunde richten wollte. Er habe durch eine unglückliche Börsenspekulation fast sein ganzes Vermögen verloren — wenn ich jenen Menschen nicht heirathe, sei er ruinirt. — Ich war empört, meiner selbst nicht mächtig, ich sagte meinem Vater: „o, lassen wir's.“ Er bat, drohte, er sperrte mich ein — es gelang mir zu entfliehen und mich bei einer befreundeten Familie auf dem Lande zu verbergen. Und da — nach acht Tagen brachte uns die Zeitung die Nachricht ins Haus, daß die Kammer in einer stürmischen Sitzung den Minister in's Angesicht beschuldigt hatte, daß er — Bestechungen angenommen, die Interessen des Landes schwer geschädigt habe. Er wurde in Haft genommen — für schuldig befunden, sein Vermögen mit Beschlag belegt und . . . und er entzog sich der entehrenden Strafe durch einen Pistolenschuß. Ich war Witwe, mittellos, gewaltig losgerissen von Vaterland, Rang und Gesellschaft, mein Herz

Nacht einen Meter tief im Schnee gefanden. — Die Erdstöße wiederholten sich am Freitag in sehr heftiger Weise im Bezirk von R. bis auf dem Peloponnes. Mehrere bereits vorher beschädigte Häuser stürzten ein. — In Mittel- und Ostspanien liegt hoher Schnee. — Ein pestverdächtige Fall ist in Port Louis (Marokko) vorgekommen. Die bestreute Person ist ein Doctarbeiter. Die Regierung hat die bakteriologische Untersuchung anordnet. Wie eine spätere Meldung besagt, bestätigt sich die Meldung, daß in Port Louis ein Pestfall vorgekommen sei. Es sind noch andere Erkrankungen an der Pest festgestellt worden. Alle zur Verhinderung der Weiterverbreitung notwendigen Maßnahmen wurden getroffen. — Die langste Telephonlinie wurde neulich in den Vereinigten Staaten von dem Präsidenten der Südwest-Telegraph- und Telephon Gesellschaft eröffnet. Sie reicht von Little Rock in Arkansas bis Boston am Atlantischen Meer und hat eine Länge von 3049 Kilometern. Bei der Eröffnung unterhielt sich Präsident Wilson mittels des Drahts von Arkansas aus mit einem Freund in Boston.

Darmstadt. Von der hiesigen Strafkammer fand die Verhandlung principieller Bedeutung statt in der der polizeilichen Befugnisse der Militärbehörde für das Großherzogthum Hessen gründlich hartergelegt wurden. Zu die von der Militärbehörde vorbrachten totalen Tatsachen geht das Geschicht zu „Gothens Hofe“ dessen Inhaber Eugen Demostokos ist. Am 9. Oktober v. J. kam in das Lokal ein Militärpatrouille, um zu revidieren. Der Wirth weigerte sich, die nach seiner Ansicht unrechtmäßige Revision zu dulden und ließ die mitbrachten Unteroffizier kurzer Hand aus dem Lokal. Dabei soll er mit einem Druck an dessen Schulter nachgeholfen haben. Die Folge war ein Verdict des. In der Verhandlung wurde durch die Zeugnisauszüge des Stadtkommandanten Oberst L. unklar gestellt, daß allerdings ein Befehl zur Durchsuchung der Wirthschaften gegeben sei, daß aber die Patrouillen dafür angewiesen seien, sich sofort zu entfernen, sobald der Wirth eine Durchsuchung nicht dulden wolle und die Hilfe der Polizei zu requirieren. Der Staatsanwalt stellte fest, daß nach Artikel 13 der Militärstrafgesetzbuch und nach Artikel 4 und 10 der Verordnung vom 27. November 1872 die Militärbehörde nicht berechtigt sei, im Großherzogthum Hessen die Revision von Lokalen durch Patrouillen anzuordnen und daß alle Gensendarmen, vorkommen und Wachinstruktionen, soweit sie jenen Bestimmungen nicht widersprechen, für Hessen ungültig seien. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Urtheil, da der Patrouillenführer sich nicht mehr in der rechtmäßigen Ausübung der Amtsgewalt befunden habe, nachdem der Wirth eine Durchsuchung seines Lokals nicht gestattet. Die Kosten des Verfahrens, auf die der Vertheidigung, werden der Staatskasse zur Last gelegt, da bei der vorerwähnten Rechtsfrage dem Angeklagten die Annahme eines juristischen Bestandes unbedingt notwendig gewesen sei. Hoffentlich wird auch anderwärts bald mit diesem angeblieben Vorrecht der Militärbehörde aufgeräumt.

Zur Eiberfelder Staudalgeschichte. Wir wollten vor einigen Tagen mit, daß ein Kaufmann (Strunksherg aus Köln) verhaftet worden ist unter dem Verdacht, junge Leute aus Eiberfeld durch allerlei Schwindereien vom Militärdienst befreit zu haben. — Eine ähnliche Geschichte spielte schon 1862 in Eiberfeld. Der damalige Landrath von Dreßler. Da aber eine ähnliche Schwindelwirtschaft erdacht, durch welche viele reich Eiberfelder Familien — darunter Verwandte des damaligen Ministers v. v. Seyditz — arg bloß gestellt wurden. Das Ende vom Lied war, daß Diebst Diebes den Abschied nehmen mußte. Dies war wohl auch der Grund, daß Herr v. Dieß-Daber später in eine heftige Prüßel mit Bis marck geriet. Die Staudalgeschichte aber hatte keine Folgen.

wie erstarrt. Man verschaffte mir eine Stelle als Reisebegleiterin bei einer aristokratischen englischen Familie. Ich sah die halbe Welt, ich lernte Menschen kennen — sehr genau kennen, von allen Seiten! O mein Freund! In meiner abhängigen Stellung. . . Das sind Erfahrungen, die nur ein Weib machen kann! Ihr Männer untereinander seid so gute Kameraden, ihr laßt einer den andern gehen, wie er ist, und tritt euch einer zu nahe, so greift ihr zu den ehrlichen, edlen Waffen und schlagt euch die Köpfe blutig. Aber wir armen Frauen in dieser Stellung, ohne Zuflucht, ohne Schutz, — wir sind machtlos und rechtlos! — Ich gestel, ich erregte die Reugier, ich wurde begehrt — und ich fühlte, daß ich Weib sei und — nicht nur meinen Trost, meinen Hochmuth, sondern auch mein heißes Blut zu bekämpfen hatte. Ich machte mich unmöglich, wie sie es nannten — nicht in einer, in zehn Familien! — Da versuchte ich es gar nicht mehr. — Ich hatte mich fest gehalten in allen Versuchungen, weil ich das Recht auf eine Zukunft nicht aufgeben wollte, für die ich mich von Natur geschaffen glaubte. Ich hatte alles entbehrt, was meine Seele nöthiger brauchte, als Luft und Licht. Ich wollte frei sein, ich wollte herrschen, ich wollte mich rächen an der Niedrigkeit des Männervolkes. Und ich wollte auch Weib sein, glänzen, Leidenschaften erwecken, um sie nach meinem Belieben zu verachten oder zu erwidern. Ich glaubte Talent zur Sängerin zu besitzen. Ich hatte mich jämmerlich überschätzt — man lachte mich aus. Da versuchte ich es endlich mit der Operette, aber auch da wollte es nicht besonders glücken. Es gab zu viele meinesgleichen auf französischen Bühnen, Ich fiel nicht auf — wahrscheinlich, weil ich zu anfänglich war. Aber ich konnte nicht anders, die Gemeinheit meiner Umgebung widerte mich an — ich war weniger frei denn je, weil ich nur die Freiheit hatte, gemein zu sein wie sie — und dazu war ich noch nicht reif!“

(Fortsetzung folgt.)